91. Mittwoch, den 17. April 1867. 91.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Forstmeister Dreger zu Bromberg den Charakter als Ober-Forstmeister und den Forst-Inspektoren Tramnitz und Hildebrandt zu Potsdam, Schoen zu Koblenz und Mortzfeldt zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Forstmeister zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Berlin, 17. April. Bezüglich der angeblich preußischerseits getroffenen besonderen militärischen Vorkehrungen wird authentisch versichert, daß lediglich die im Herbst begonnene Erweiterung der Organisation der Linie und Landwehr jetzt vollendet sei. Von den Gewehrfabrikanten sind keine außerordentlichen Leistungen gefordert worden; der vorhandene Zündnadelgewehr-Vorrath ist hinreichend für die nöthig gewordene größere Verausgabung. Von der Armirung der Rheinischen Festungen ist nichts bekannt.

Ueber die Luxemburgische Frage aus Paris.

Eine briefliche Mittheilung, die wir aus Paris erhielten, scheint uns wichtig und instruktiv genug, um ihr einen Platz in unserer Zeitung zu gönnen. Dieselbe lautet folgendermaßen:

Ueber den Sinn, die Bedeutung und Geschichte der Luxemburgischen Frage scheint man in Deutschland, so viel darüber auch geschrieben worden, doch nicht hinreichend informirt und orientirt zu sein. Zunächst steht fest, daß sie die größeste politische Verlegenheit ist, in welche seither der zweite Dezember gekommen. Sie ist gleichsam sein russischer Feldzug, dem leicht ein Uebergang über die Beresina folgen könnte. Es giebt Leute genug, welche schon das Geheul des Wolfes Fenris zu vernehmen meinen, der das Reich der Hela verkündigt. Viele glauben sogar in der Person des Herrn v. Girardin diesen Wolf zu erkennen und in seiner „Liberté" die hereinbrechende „Götterdämmerung" wahrzunehmen. Jedenfalls ist in der Luxemburgischen Frage Napoleon etwas sehr Menschliches begegnet, er hat sie sich bis zu einem gewissen Grade über den Kopf wachsen lassen, und wie sie auch immer enden möge, sie wird nicht versäumen, das Prestige des zweiten Kaiserreichs in sehr wesentlichem Grade zu beeinträchtigen, weil der Held und Begründer desselben seine journée des dupes darin gefunden.

Die luxemburgische Frage ist, was sie geworden, nicht **mit**, sondern **gegen** den Willen des Kaisers geworden; sie ist ihm gewissermaßen oktroyirt und diese Oktroyirung ein bedeutungsvolles Avertissement der Zeit, das da besagen will: in diesem Augenblicke beherrschest du mich nicht mehr; meine Zügel entgleiten deiner Hand, die so lange die Vorsehung Europa's war und jetzt wieder zur Hand eines gewöhnlichen Sterblichen wird.

Diese Sprache der Zeit hat die Opposition im Senat ziemlich verständlich ins Französische übersetzt und in dieser Uebersetzung so zu sagen, mit gesperrten Lettern und Kommentaren drucken lassen. Sie hat Thiers zu ihrem Organ benutzt und die Gelegenheit wahrnehmend und ausbeutend,, Napoleon III. abkanzeln lassen wie einen politischen Stümper. Sie hat ihm vorgeworfen, Fehler über Fehler begangen und sich die Schlange am Busen genährt zu haben. Du bist stolz, Italien geschaffen zu haben, rief sie, und fügte hinzu: Verblendeter, diese Schöpfung ist das geschichtliche Abdankungsdekret Frankreichs. Frankreich verfuhr nach dem Satze, theile und herrsche, und so lange es darnach verfuhr, regierte es die Welt. Du brachtest das Prinzip der Nationalitäten aufs Tapet, du hießest die gleichgearteten Völker sich gruppiren, und siehe da! Italien und Deutschland, jedes zum einigen Staat in sich gemacht, versetzt den Einfluß Frankreichs unter Null. Greifst du zum Donner? Unglücklicher, du selbst hast dich seiner entäußert!

Solche Worte hat der Napoleonismus bis jetzt erst einmal, nach der unglücklichen Schlacht bei Waterloo gehört. Jetzt haben sie sich wiederholt und nicht ohne Wirkung. Der Glaube an die Unfehlbarkeit des Kaisers beginnt zu sinken. Der Stern des 2. Dezembers verdunkelt sich! Das ist es, was man gewollt hat. Die Tage der Zurückgesetzten, der Uebergangenen sind gekommen, die Tage ihrer Revanche, die Tage, in denen sich das zweite Kaiserreich von seiner Rückseite zeigt.

Man hat den Moment glücklich ersehen. Traue man doch den politischen Schwätzern nicht! Was sind dem eitlen Thiers, dem geckenhaften Girardin die Freiheit und Würde Frankreichs? Nichts Anderes, als was dem Hamlet'schen Schauspieler Hekuba ist. Worte! Worte! Worte! Sie deklamiren sie, weiter nichts! Sie deklamiren sie mit der Geste des ehrenwerthen Mannes, mit der auch einst Antonius gegen Brutus und die übrigen Verschworenen auf dem römischen Forum sprach. Man hat die Witterung des Wetterumschlags, den Instinkt der Decadenz, wozu nicht eben großes Genie, sondern nur eine gute Nase gehört.

Und eine gute Nase, die haben diese Herren, die Napoleon III. mit ihrer ganzen politischen Weisheit zur Disposition gesetzt. Er verschmähte ihren Rath. Geht, sagte er lakonisch, als er den Thron bestieg Dieses Geht! haben sie nicht vergessen und nun ersehen sie ihre Zeit, es ihm heim zu geben.

Es ist kein Zweifel, mit der luxemburgischen Frage hat der Kaiser die historisch gewordene schiefe Ebene mit einem großen Schritte, der ein Fehltritt ist betreten (avec un grand pas, c'est-à-dire avec un fauxpas). Man versichert in Paris, Graf Bismarck habe seiner Zeit in Biarritz Napoleon Versprechungen geleistet. Versprechungen! Das ist, mit Erlaubniß ein Unsinn. Der preußische Premier war damals nicht in der Lage, Versprechungen zu machen. Er hörte die leisen Aeußerungen und Wünsche des mächtigsten Mannes von Europa; er hörte sie und — schwieg. Was hätte er sonst thun können und sollen? Wenn ein Napoleon spricht, kann ein Bismarck ihm nicht widersprechen; wenn er klug ist, überläßt er das den Thatsachen und ihrem Erfolge.

Das hat Bismarck ohne Zweifel gethan und der Kaiser übersehen. Der Kaiser verließ sich auf sein Ansehen und sein gutes Glück; er behielt seine alten Vorstellungen und Erwartungen auch den Siegen der preußischen Waffen und dem Aufschwunge Deutschlands gegenüber. Er hatte dem Löwen die Mähne gestreichelt und glaubte deswegen nicht, daß ihm von diesem die Zähne gezeigt werden würden. Nun ist das Ungeheure aber doch geschehen und damit für den Mann des Jahrhunderts die Situation gekommen, die ihm vielleicht verderblich wird.

Napoleon III. hat an einen Krieg mit Preußen nicht gedacht und denkt vielleicht auch jetzt noch nicht daran. Ein solcher Krieg ist gegen seine Intentionen und doch ist er möglich. General Canrobert, der militärische Bonmotist des neuen Empires gefragt, was er von der Möglichkeit des Krieges denke, antwortete in diesen Tagen mit Fox bei einer ähnlichen Gelegenheit: „Schwören läßt sich darauf, aber nicht wetten."

Die Sache ist die: Der Kaiser ist älter geworden und etwas grämlich. Sich selbst überlassen, würde er das Schwert ganz sicher nicht ziehen. Er weiß, was bei einem Kriege mit Deutschland für ihn auf dem Spiele steht. In gesunden Tagen, unerschüttert in dem festen Zutrauen an sich selbst und seinen Genius würde er der Bewegung Herr werden, die sich in Frankreich für den Krieg kund gegeben. Diese Kundgebung ist, man sage, was man will, eine Intrigue der Feinde des zweiten Kaiserreichs. Republikaner, Orleanisten und die Anhänger der Legitimität schüren am Ausbruche der Feindseligkeiten nach Deutschland hin. Eine große, vielleicht stillschweigende Fusion hat unter ihnen stattgefunden, alle sind gleich lüstern, im Trüben zu fischen. Sie hoffen auf eine Niederlage des Kaisers und diese, mit einer gewissen unverschämten Zuversicht ausgesprochene Hoffnung reizt und stachelt den gegenwärtigen Machthaber Frankreichs, der durch schlaflose Nächte und Familienkummer nervös erregt, nicht mehr die eiserne Ruhe und Fassung von ehedem hat.

Er trat an die luxemburger Frage heran, — es mag kurios klingen, es zu sagen und doch ist es wahr, — ohne sich etwas zu denken. Gewohnt, die Welt gefügig zu finden und an den Umschwung der Dinge sich nicht erinnernd, nahm er sie gleichsam spielend in die Hand, ohne zu sehen, daß sie eine glühende Kohle ist. Sie brennt ihn nun. Sie fortwerfen oder sie behalten — was thun? Das Eine kann unter Umständen so gefährlich sein, wie das Andere. Es giebt ein Drittes, sie in der Hand erdrücken. Aber davon würde die Hand russig werden und einen Schandfleck bekommen. Wird das der Kaiser wollen? Er hat vor Blut nicht gescheut, aber er scheut vielleicht eine Anschwärzung. Es sind oft sonderbare Dinge, vor denen die Größe Abscheu hegt. Man erwäge das und sei auf Alles gefaßt, denn, und das ist es, was diese Zeilen hauptsächlich darzulegen im Sinne hatten, — das zweite Kaiserreich ist auf einem verzweifelten Standpunkte angelangt, es steht vor seinem Rubicon und dieser Rubicon ist — der Rhein.

Einen Gewaltakt

nannte der Abg. Kantak im Reichstage den Beschluß, die Provinzen Posen und Westpreußen dem Norddeutschen Bunde einzuverleiben. Der Beschluß wurde bei der Vor- und Schlußberathung des ersten Artikels des Verfassungsentwurfs beinahe einstimmig gegen die Polen angenommen. Stellen wir ihnen die deutschen Abgeordneten beider genannten Provinzen gegenüber, so bleibt die Majorität ebenfalls auf deutscher Seite. Es ist auch kein Zweifel, daß im preußischen Landtage bei Vorlage der Reichsverfassung die Einverleibung dieser Provinzen in den Norddeutschen Bund mit nicht geringerer Majorität ausgesprochen werden wird, als bei Berathung des Reichswahlgesetzes. Wozu nun dieses ewige Protestiren! Herr Kantak bezeichnete es als eine Pflichterfüllung. Wir verkennen die Pflichten nicht, welche die polnischen Abgeordneten für ihre Nationalität haben, aber sie dürfen darüber die Pflichten nicht vergessen, welche sie gegen Preußen haben. Davon ist leider! nie die Rede; ja man hört wohl oft die Aeußerung: „wir thun unsere Schuldigkeit", „wir thun, was wir müssen." Es soll damit immer betont werden, wir Polen gehören der preußischen Monarchie nur äußerlich an, **innerlich** widerstrebt uns diese Verbindung.

Ein praktischer Denker müßte sich doch wohl klar machen, wohin diese sattsam zur Schau getragene Stimmung, der wir allerdings nur in der aristokratisch-klerikalen und demokratischen Partei begegnen, schlißlich führen muß Die Regierung soll der gesammten Landesbevölkerung gleiches Wohlwollen entgegen bringen, das ist eine unangreifbar berechtigte Forderung. Aber die Regierung besteht auch aus Menschen, und wenn ein Theil der Bevölkerung fortdauernd sein Mißbehagen darüber kund giebt, von diesen Menschen regiert zu werden, so könnte es nicht Wunder nehmen, wenn jenes gemeinsam sein sollende Wohlwollen abnähme, und an dessen Stelle der trockene Buchstabe des Gesetzes träte, den die Regierung, wenn auch nicht selbstständig, aber faktisch doch mit überwiegendem Einfluß auslegt.

Es kommt dazu, daß die neuesten Kundgebungen und Proteste nicht allein gegen die Regierung, sondern gegen Preußen, Deutschland, deutschen Geist und deutsches Streben gerichtet sind, daß jeder deutsche Mann selbst sich durch sie zurückgewiesen, verletzt fühlt. Dadurch ist die polnische Frage von ihrer früheren Höhe herabgesunken, ihr alter Nimbus ist geschwunden. So lange das Polenthum bloß gegen die Regierungen kämpfte, die ihm Gewalt angethan, konnte es sich einer gewissen Popularität auch in Deutschland erfreuen, seitdem es sich gegen die Bevölkerungen richtet, ist es aus mit dieser Popularität Es hat sich eingelassen auf einen parlamentarischen Kampf, in dem es unterliegen mußte. Die deutschen Stimmen, welche mit ihm zusammenstanden, sind von Jahr zu Jahr mehr geschmolzen, es hat, seitdem es angefangen, das Deutschthum in der Provinz Posen zu negiren, keinen Beistand in Deutschland mehr gefunden, hat ihn auch nicht zu gewärtigen, es ist auf sich allein verwiesen.

Der Deutsche fordert Gerechtigkeit für das Deutschthum. So lange die Polen sich auf diesen Standpunkt nicht erheben können, werden sie in ihm keinen Bundesgenossen haben. Sie sollen nicht nur historische Thatsachen, sondern auch das unbedingte Recht des Deutschthums anerkennen, neben ihnen Platz zu nehmen und seine eigenthümliche Entwicklung fortzusetzen wie in ursprünglich deutschen Gebieten, sollen es auf einen ehrlichen moralischen Wettkampf ankommen lassen ohne Haß und Vorurtheil.

Der Protest gegen die Einverleibung zweier Provinzen in den Norddeutschen Bund, welche nicht zu umgehen ist, wenn nicht eine politische Monstruosität geschaffen werden soll, sucht das Deutschthum in diesen Provinzen zu negiren. Wir haben aus polnischem Munde nicht ein einziges Wort von den Rechten dieser Deutschen vernommen, wogegen doch den Polen gegen ihren Protest immer die Versicherung wiederholt worden ist, Eure nationalen Rechte werden durch diese formale Aenderung nicht berührt.

Es ist kaum glaublich, daß die Nationalpartei nicht endlich die Nutzlosigkeit ihrer Protestpolitik einsehen sollte, ja, sie muß den **positiven Schaden** erkennen, den sie damit ihrer Sache zugefügt. Darauf stützt sich unsere Hoffnung auf eine heilsame Reaktion. Der Weg der Proteste wird verlassen werden, um einer gesunderen, gerechteren, praktisch-nützlicheren Politik Platz zu machen. Haben die Polen das Selbstvertrauen, welches sich in ihren parlamentarischen Aeußerungen kundgiebt, so wird ihnen auch die Ueberzeugung nicht fehlen, daß ihre Nationalität selbst in der heterogenen Verbindung mit Norddeutschland Stand halten wird, wenn sie der rechten Pflege genießt Sie wird dann freilich auf reellere Dinge, als auf parlamentarische Diskussion sich stützen müssen.

Deutschland.

Preußen. ⁴⁄ Berlin, 16. April. So wäre denn die Schlußberathung und die Schlußabstimmung über den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes glücklich von Statten gegangen; der Reichstag hat den Entwurf angenommen und es wird nun von den Einzelvertretungen der Bundesstaaten abhängen, ob das deutsche Volk zum ersten Male eine nicht oktroyirte Verfassung haben soll. Dies ist ein Punkt auf welchen ein großer Theil der Versammlung besonderen Werth gelegt und damit mancherlei Skrupel gegen ein allzubereites Nachgeben beschwichtigt hat. Die Vorgänge hinter den Kulissen, wenn man so sagen darf, blieben übrigens auch heute von nicht geringerem Interesse als die Verhandlungen des Reichstages selbst. Ich hatte Ihnen bereits gemeldet, wie auf Andeutungen hin, welche Graf Bismarck gestern gemacht hatte, ein früher in der Fraktion der National-Liberalen angeregtes und diskutirtes Amendement wieder aufgenommen und eingebracht worden. Dasselbe ist von dem Abg v. Forckenbeck ursprünglich ausgegangen, jedoch von demselben aufgegeben worden, da er sich nicht der Möglichkeit einer Ablehnung aussetzen wollte; der Abg. von Bennigsen nahm sich der Sache an, um durch seinen Namen die Sache der Vermittelung zu fördern. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß in dem Beitritt der freien konservativen Vereinigung eine Art von Paroli derselben gegen die konservative Partei lag und die Fraktion glaubte um so mehr sich anschließen zu können, als sie mit den National-Liberalen annahm, daß das Amendement der Regierung genehm war. Inzwischen schien sich zwischen gestern u. heute Manches, wenigstens in der Stimmung der leitenden Persönlichkeiten, geändert zu haben. Es verlautete, daß der Kriegsminister und der Ministerpräsident das Amendement Stolberg (Wernigerode) als eine conditio sine qua non ansähen und von den Vermittelungsvorschlägen nichts wissen wollten. Die National-Liberalen, die ja gerade in den letzten Tagen vielfach unter einander verschiedener Ansicht waren, schlossen sich durch diese Wendung wieder einig und fest aneinander und waren entschlossen, wenn alle Vermittelungsvorschläge abgewiesen werden sollten, mit der Linken gegen das Ganze zu stimmen und die ganze Arbeit resultatlos zu machen. Die National-Liberalen waren ziemlich rathlos und die Antragsteller selbst in Verlegenheit; ein kleiner Theil war entschlossen, von dem einmal beschrittenen Wege nicht abzuweichen. Die kategorische Erklärung, welche die Schwankenden dem Grafen Bismarck abverlangten, blieb auch aus, sie konnten keine Absolution erlangen und so kam denn über das Amendement Bennigsen-Ujest die seltsamste Abstimmung zu Stande, welche dieser Reichstag aufzuweisen hat; die äußerste Rechte u. die äußerste Linke reichten sich die Hand, Blankenburg und der Dr. Becker (Dortmund), Graf Bismarck und Schulze-Delitzsch, und ein Hauptwunder, die beiden Brüder Duncker, der Volkszeitungsverleger und der frühere Hallenser Professor und jetzige Geh. Rath stimmten gemeinschaftlich dagegen. Vincke (Hagen), der dagegen gesprochen hatte, stimmte schließlich dafür, er that es wohl mit manchen seiner jetzigen Gesinnungsgenossen von der äußersten Rechten, um die einflußreichen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von der Fortschrittspartei, die Forckenbeck, Hennig, Lasker u. A. durch ihr Votum für die Verfassung auch im Abgeordnetenhause zu binden. So kam denn das Resultat zu Stande. Der

Kriegsminister v. Roon verließ bei dem Namensaufruf den Saal, kehrte nach demselben zurück, zog es aber vor, eine Unterhaltung mit einem Abgeordneten fortzusetzen und auch bei der Rekapitulation seine Stimme nicht abzugeben. Die Gruppen, welche gegen das Ganze stimmen würden, hatte ich Ihnen vorher ziemlich richtig angegeben; einige Mitglieder der Linken, darunter der Abg. Simon von Breslau, stimmten mit der Majorität, ebenso einige Partikularisten, wie Zachariä. — Der Schluß im Weißen Saale soll morgen Mittag 12 Uhr und zwar durch Se. Majestät den König in Person erfolgen. — Die Fraktion der National-Liberalen war gestern zu einem Festmahle in Meinhardts Hotel versammelt. Bennigsen brachte dem künftig ganz zu einigenden Deutschland, der Prof. Römer aus Stuttgart, der als Gast anwesend war, so wie ein Gast aus Flensburg den Verdiensten der National-Liberalen um das Einigungswerk ein Hoch; andere Trinksprüche auf die Einheit der liberalen Partei von Forckenbeck und v. Röpell auf Forckenbeck belebten das Fest.

△ Berlin, 16. April. Die Luxemburgische Angelegenheit ist gegenwärtig in völligen Stillstand getreten. Alles was in den Zeitungen von diplomatischen Erklärungen Frankreichs oder Preußens gesagt wird, ist vom ersten bis zum letzten Wort als irrthümlich zu betrachten, da in letzterer Zeit überhaupt gar keine diplomatischen Erörterungen über die Frage stattgefunden haben. Danach charakterisirt sich denn auch eine an der Spitze des gestrigen Abendblattes der hiesigen „Post" befindliche Notiz, die der Zeitung angeblich als Privatdepesche von Paris aus zugegangen ist, und nach welcher die betheiligten Mächte bereits über ein Arrangement einig geworden seien. Diese Mittheilung erweist sich deutlich als auf Erdichtung beruhend. Interessant ist indeß, was der „Times" von ihrem Pariser Korrespondenten über die Stimmung in der französischen Hauptstadt geschrieben wird. Kriegerisch sei sie absolut nicht, und er bezweifelt, daß die Franzosen gegen die preußischen Zündnadelgewehre anzugehen bereit seien, wenn sie nicht eine ähnliche Waffe führten. Nun sind aber die französischen Rüstungen noch sehr im Argen. Nach einem Börsenbericht desselben englischen Blattes aus Paris, sind noch nicht mehr als 10,000 Hinterladegewehre fertig und können bis zum 1. April 1868 höchstens 200,000 angefertigt werden. Es ist danach begreiflich, weshalb die französische Regierung immer wieder ihre Friedensliebe betonen läßt. Dazu kommt, daß die Kontrakte für Hiebbajonette, womit die französische Armee ausgerüstet werden soll, größtentheils mit preußischen Fabriken abgeschlossen worden sind, welche bei etwa ausbrechendem Kriege die Bestellungen nicht effektuiren werden. Kurz es wird herausgerechnet, daß die französische Armee nicht vor dem Jahre 1871 in gleicher Weise wie die preußische wird ausgerüstet werden können.

Die Nachricht der „Zukunft" daß das preußische Ministerium beabsichtige im Laufe des Sommers ein größeres politisches Organ für Schlesien zu gründen, entbehrt jedes thatsächlichen Anhalts. — Nach hier eingegangen Mittheilungen von der Pariser Weltausstellung ist dieselbe noch keineswegs geordnet und sowohl deshalb, als auch wegen des umwölkten politischen Horizonts der Besuch sehr schwach. Kaum 2000 Personen betreten täglich den Ausstellungspalast. Dies erleichtert indeß den Jury's ihre Arbeit wesentlich, weshalb dieselben auch bereits sämmtlich ihre Thätigkeit begonnen haben. Der allgemeine französische Katalog ist erschienen, ebenso der englische; der preußische wird in einigen Tagen ausgegeben werden. Den größten Raum nimmt Frankreich ein, welches mit 11645 Ausstellern vertreten ist. Darauf folgen England mit 3609, Norddeutschland mit 2206, Oestreich mit 3072, Belgien mit 1448, Rußland mit 1392, Nordamerika mit 778, Schweiz mit 986, Niederlande mit 504, Schweden und Norwegen mit 602, Spanien mit 2071, Türkei mit 4499, China, Japan u. s. w. mit 109, Württemberg mit 297, Bayern mit 405, Tunis und Marokko mit 47, Dänemark mit 283, Mittel- und Südamerika mit 143, der Kirchenstaat mit 140 und Aegypten mit 70 Ausstellern. Die Donaufürstenthümer und Persien haben den für sie bestimmten Raum nicht benutzt. Der Ausstellungspalast umfaßt 1,332,000 Qdr.-Fuß, der Park 2,790,000 Qdr.-Fuß.

— Die Einberufung des preußischen Landtags wird, wie die „N. A. Z." glaubt, zum 29. April erfolgen, die Dauer seiner Session aber keine sehr lange sein, da es, wie sie hört, die Absicht der Regierung ist, ihn nur ad hoc einzuberufen und ihm auch für den Norddeutschen Verfassungsentwurf keine weitern Vorlagen zu machen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß in der einundzwanzigtägigen Pause zwischen der ersten und zweiten Abstimmung über die durch die Norddeutsche Bundesverfassung bedingte Abänderung in der preußischen Verfassung eine Vertagung der Sitzungen eintreten wird.

— Das Staatsministerium trat heute Mittag 12½ Uhr in einer Sitzung zusammen, in welcher die Thronrede berathen sein dürfte.

— Die Berliner „Post" schreibt: Wie uneigennützig, aufrichtig und ehrenvoll die preußische Regierung gegen ihre Bundesgenossen handelt, geht aus der uns als zuverlässig gemeldeten Thatsache hervor, daß über ein halbes Dutzend der kleinstaatlichen Regierungen den Wunsch einer Inkorporation der betreffenden Ländchen in Preußen mehr oder minder deutlich zu erkennen gegeben hat, im Hinblick darauf, daß der Zeitpunkt günstig genug sei, um für die Abtretung eine beachtenswerthe Entschädigung zu erhalten, daß aber Graf Bismarck aus Rücksichten auf die Möglichkeit einer Verkennung der bundesgenossenschaftlichen Stellung Preußens über die Anträge hinweggegangen ist.

— Nach einem in der „K. Z." enthaltenen Schreiben wäre die Initiative zu den vielbesprochenen Bündnissen Preußens mit den süddeutschen Staaten von diesen ausgegangen und der Sachverhalt dabei folgender gewesen:

„Als es zu den Friedensverhandlungen kam, verlangte Graf v. Bismarck, daß alle süddeutschen Staaten pro rata der Bevölkerung in gleicher Weise zu den Lasten des Krieges herangezogen würden, und daß deshalb sowohl Darmstadt als auch Bayern für die abgetretenen Gebietstheile von Würtemberg und Baden entschädigt würden. Für Darmstadt war als Entschädigung für die eventuelle Abtretung Oberhessens entweder die Rheinpfalz oder das bayerische Aschaffenburger Gebiet in Aussicht genommen. Bayern, welches an Preußen bedeutende Theile von Ober- und Unterfranken abzutreten gehabt haben würde, hätte auch von Baden und Würtemberg pro rata der Bevölkerung entschädigt werden sollen. Den süddeutschen Staaten war diese Aussicht auf beträchtliche Gebietsabtretungen durchaus unerwünscht. Sie ergriffen zur drohenden Abwendung derselben die Initiative und stellten den Vorschlag eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen. Graf Bismarck wollte dem Ernste dieses Angebots Anfangs keinen Glauben schenken, er glaubte hinter demselben nur den Wunsch nach Zeitgewinn erblicken zu dürfen; indessen gelang es doch den süddeutschen Unterhändlern, den preußischen Premier von dem Ernste und der Ehrlichkeit des Angebots zu überzeugen und diesen zur Verzichtleistung auf die territoriale Vergrößerung Preußens auf Kosten der Südstaaten zu Gunsten einer allgemeinen Solidarität der deutschen Staaten zu bestimmen.

Graf v. Bismarck acceptirte die angebotene Basis der Friedensverhandlungen und verzichtete darauf, von Darmstadt und Bayern größere Gebietsabtretungen zu fordern und die Entschädigung dieser Staaten mit Territorien von Baden und Württemberg zu verfolgen. Es war also nicht die Drohung mit Kompensationen für Frankreich, welche das süddeutsche Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen zu Stande brachte, sondern der begreifliche Wunsch der süddeutschen Regierungen, die Integrität dieser Staaten so viel als möglich zu sichern, bestimmte sie, die Initiative — zum Abschlusse der Bündnisse zu ergreifen. Dadurch ist eine Gemeinsamkeit der politischen Haltung dem Auslande gegenüber gewonnen, welche dem Nationalgefühl durchaus entspricht und die Verhütung der dynastischen Verstimmung in Süddeutschland ermöglicht. Preußen gebührt aber die Anerkennung, daß es auf direkte Ländererwerbungen verzichtet hat, sobald sich ihm die Aussicht auf eine das ganze nichtöstreichische Deutschland umfassende solidarische Verbindung darbot."

— Einer Mittheilung des „Dresd. Journ." zufolge hat in diesen Tagen hier eine Konferenz mehrerer hervorragender Mitglieder des Juristentages, welche zum Reichstage hier versammelt sind, stattgefunden. Man nennt vorzugsweise die Herren Dr. Gneist, Planck, v. Wächter und Schwarze. Es soll von ihnen der Beschluß gefaßt worden sein, mit allen Kräften für die Forterhaltung des Juristentages besorgt zu sein. Zu einer entgegengesetzten Erklärung der ständigen Deputation des Juristentages soll von keiner Seite ein Auftrag ertheilt gewesen sein, und es zerfallen daher die Gerüchte von einer Auflösung des Juristentages von selbst.

— Nach einer Bekanntmachung im officiellen „Wochenblatt für Lauenburg" soll in Folge einer königlichen Ordre das hergebrachte lauenburgische Wappen — ein silberner Pferdekopf im rothen Felde — beibehalten, dasselbe aber mit einer schwarzen und weißen Umsäumung versehen werden. Die Farben Schwarz und Weiß sollen fortan auch die Landesfarben des Herzogthums Lauenburg sein. Dabei wird den Behörden bemerklich gemacht, daß mit der Beschaffung von neuen Siegeln und Stempeln nach Maßgabe des Bedarfs dergestalt vorzugehen ist, daß die jetzigen einstweilen unverändert bleiben und erst, wenn sie unbrauchbar geworden, durch neue nach den gegenwärtigen Bestimmungen ersetzt werden sollen.

Bielefeld, 11. April. Bei Gelegenheit der hiesigen ersten Reichstagswahl am 12. Februar hat eine Geldbestechung in einem unserer ländlichen Wahlbezirke stattgefunden. Heute wurde diese Angelegenheit vor Gericht verhandelt und die beiden betheiligten Angeklagten — Spender und Empfänger — zu je drei Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt. (Westf. Ztg.)

Frankfurt, 13. April. Herr Holthoff, der in seine alte Stelle bei der „Frankf. Z." eingetreten war, ist auch von hier ausgewiesen worden.

Magdeburg, 15. April. Der Ausschuß der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn genehmigte die Vertheilung einer Dividende von 20 pCt. für das Jahr 1866.

Hannover, 15. April. Der gestrige Abend ist ebenfalls ohne alle Demonstrationen verlaufen, wenngleich vorsichtshalber einige Kompagnien Infanterie in den Kasernen konsignirt waren, die Polizeimannschaft erst spät entlassen wurde. Im Laufe des Tages wurden einige Personen aus den untern Ständen verhaftet, welche das Streuen von gelb-weißem Sande verbietende Polizeidiener injurirt hatten. Nach Minden abgeführt sind zwei Reservisten aus dem Lüneburgischen, welche den die Kontrollversammlung leitenden Offizier nachträglich durch Kukuksrufe verhöhnt hatten. — Vor dem hiesigen Obergerichte wurde heute der vorläufig letzte Prozeß wegen Herausgabe von nach London geschafften, der Generalkasse in Depot gegebenen Werthpapiere verhandelt. Es handelte sich diesmal um ein Objekt von etwa 40,000 Thlr., auf welche das Bankierhaus Ephraim Meyer hierselbst 30,000 Thlr. gegen 3½ Prozent Zinsen erhalten hatte. Der eine der Litisdenuntiaten, der ehemalige Generalsekretär v. Klenke, ließ seine Theilnahme an dem Prozesse wiederum aus dem Grunde ablehnen, daß Seitens des Königs Georg oder seiner Beauftragten die Herausgabe der Papiere gegen Zahlung der darauf geliehenen Summe gar nicht verweigert werde. Während der Anwalt des Klägers die Verurtheilung des Gouvernements zur Herausgabe des Depots forderte, beantragte der Anwalt des Gouvernements, die Klage mindestens zur Zeit abzuweisen, da letzteres sich gegenwärtig ohne sein Verschulden in der Unmöglichkeit befinde, die Papiere herauszugeben. Die Verkündigung des Urtheils wurde auf den 29. April angesetzt.

Bayern. München, 16. April. Der Ministerialrath im Ministerium des Aeußern, Graf von Taufkirchen, ist in besonderer Mission nach Berlin abgereist.

Luxemburg, 12. April. Die Stimmung ist hier eine beruhigtere geworden, da der Glaube, es werde auf diplomatischem Wege gelingen, Luxemburg eine Selbstständigkeit für die Zukunft zu erhalten, sich neuerdings in den Köpfen ziemlich festgesetzt hat. Halboffizielle Telegramme aus dem Haag und Aeußerungen der offiziösen Blätter geben diesem Gerücht Nahrung, namentlich glaubt man an eine bevorstehende Neutralisirung des Großherzogthums, obgleich für dies Projekt im Ganzen noch wenig sichere Anzeichen vorliegen.

— In allen Gemeinden des Großherzogthums Luxemburg cirkuliren gegenwärtig Bittschriften zur Erhaltung der Selbstständigkeit des Landes, d. h. des Verbleibens bei dem Hause Oranien.

Oestreich.

Wien, 16. April. Die heutige „Presse" bringt einen Artikel, der es für den Beruf Oestreichs erklärt, in der Luxemburger Angelegenheit zunächst die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu übernehmen. Frankreich, sagt sie, solle bedenken, was es heiße, eine große, gebildete, ihm an Macht gleiche Nation gegen sich zu haben; Preußen seinerseits dürfe die wilde Energie des französischen Geistes nicht unterschätzen. Graf Bismarck möge sich hüten, in die Fehler seines großen Pariser Gegners zu verfallen und das Prinzip der Nationalitäten zu überschrauben. Die Luxemburger Angelegenheit sei in erster Linie eine Rechtsfrage, in zweiter eine Frage des Gleichgewichts; erst in dritter Linie dürfe ihre nationale Bedeutung in Betracht kommen.

Großbritannien und Irland.

London, 16. April. Die Regierung hat aus dem spanischen Kabinet eine befriedigende Depesche in Betreff des Schiffes „Viktoria" erhalten.

Nach Mittheilungen aus Newyork vom 6. d., welche per „City of Paris" eingetroffen sind, haben 3000 Republikaner unter Trabuco sich Ortega angeschlossen. Die Republikaner von Tamaulipas weigern sich, ihre Truppen zu denen Juarez' stoßen zu lassen. Die Liberalen verlassen Tampico.

Frankreich.

Paris, 16. April. Gestern Abend wurde auf dem Boulevard die Rente zu 66, 80 gehandelt.

Der heutige „Moniteur" enthält ein Cirkular des Kriegsministers vom 15. d., welches die Kosten für Befreiung vom Militärdienst auf 3000 Frcs. feststellt; die entsprechende Summe für 1866 war 2300 Frcs.

— Die „Post" versichert, daß nur die Bonapartisten das Land gegen Preußen alarmiren. Allerdings, sagt sie, hat Thiers, — dessen Sympathien für Oestreich weltbekannt sind — getadelt, daß man nicht von vornherein den Plänen Preußens entgegentrat und Oestreich aufgab, aber selbst Thiers spricht sich heute gegen den Krieg aus. Und thuen das nicht einstimmig die ganze legitimistische, orleanistische, republikanische Presse? Wer dagegen rührt die Trommel, wer rasselt mit dem Säbel? Der „Konstitutionnel", das „Pays", der „Etendard", die „Havas'sche Agentur", die „Patrie", d. h. die officiösen Organe der Regierung und dann ihre „Compères", „Siècle" und „Opinion nationale". Und in den Cafés und in den Salons? Wer will den Krieg? Parbleu die Bonapartisten — sie allein. Damit ist freilich noch lange nicht gesagt oder gar abgemacht, daß Napoleon selbst den Krieg will, viel eher muß das Gegentheil angenommen werden. — In gewissen Kreisen glaubt man an die Rückkehr eines Ministeriums Persigny.

— Wie das „Mémorial Diplomatique" mittheilt, giebt der Gesundheitszustand des Herrn v. Lamartine seinen Freunden und Bewunderern Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen. Die Nationalbelohnung, bemerkt es dazu, dürfte in diesem Falle etwas spät eintreffen.

Belgien.

Brüssel, 13. April. Der Graf von Flandern befindet sich zur Stunde in Düsseldorf. Die Stadt Brüssel beabsichtigt dem Prinzen, in Veranlassung seiner Heirath, ein glänzendes Festessen anzubieten. Bei einem hiesigen Fabrikanten sind die Schmucksachen ausgestellt, welche der Bräutigam der künftigen Gräfin von Flandern darbieten wird. Zu demselben gehört namentlich eine Krone, welche nicht weniger als 3000 Edelsteine verschiedener Größe enthält.

Italien.

Florenz. — Die „Opinione" bemerkt in Betreff des neuen Ministeriums Ratazzi, daß sich anscheinend nichts als die Personen geändert hätte; die vom vorigen Ministerium eingebrachten Gesetzentwürfe würden aufrecht erhalten, die von demselben befolgte Politik fortgeführt, die in der Thronrede gemachten Erklärungen respektirt werden. Nur in Betreff der Finanzfrage sei eine abweichende Auffassung zu konstatiren; während Sella die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben nur durch neue Opfer von Seiten des Landes herbeizuführen zu können geglaubt hätte, wolle das neue Ministerium den Versuch machen, ohne neue Steuern die Finanzfrage zu lösen. Ueber die Kirchengüter sei ein neuer Gesetzentwurf angekündigt. Die Erklärung Ratazzis, daß die Regierung frei sei von Verbindlichkeiten nach Außen wie im Innern, wird dankbar acceptirt, jedoch gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen, daß es der Weisheit der Regierung gelingen möge, diese für Italien so nothwendigen Unabhängigkeiten auch inmitten der Schwierigkeiten, welche die Lage Europas darbiete, aufrecht zu erhalten. Die gouvernementale und liberale Partei wird schließlich aufgefordert, ohne feindselige Vorurtheile mit Ruhe die Handlungen des neuen Ministeriums abzuwarten und, wenn dieselben es verdienten, ihm ihre Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

Florenz, 15. April. Der Deputirte Ferraris interpellirte die Regierung über die Motive der letzten Ministerkrisis, sowie über die Ansichten des gegenwärtigen Kabinets bezüglich der römischen Frage, der Finanzfrage, der Dezentralisation, der Zusammensetzung des Kabinets und der Angelegenheit der geistlichen Güter. Rattazzi lehnte in Betreff der Ministerkrisis die Beantwortung der Interpellation ab; das Kabinet habe dieselben allgemeinen Prinzipien wie sein Vorgänger, die auch von fast dem ganzen Parlament getheilt seien; das Ministerium werde administrative und finanzielle Vorschläge gleichzeitig mit einer Vorlage über den Stand der geistlichen Güterangelegenheit machen; die Regierung werde mit Festigkeit die ihren Wählern ausgedrückten Ansichten vertreten, in loyaler Weise den Septembervertrag ausführen und jedem Versuch entgegentreten, wodurch die Zukunft der römischen Frage kompromittirt werden könne. Hinsichtlich der Dezentralisation seien seine (Rattazzi's) Ideen radikal, er nehme für die Regierung nur diejenige Einmischung in Anspruch, die für eine gute Administration unerläßliche Bedingung sein; — in Betreff der Zusammensetzung des Kabinets bemerkte er, Niemand könne in demselben die eine Provinz Italiens stärker als die andere vertreten finden.

Die Interpellation hatte keine weitere Folge. Der Deputirte Manzoni ist zum Generalsekretär im Ministerium des Innern ernannt. Kommandeur Sacchi zu dem gleichen Posten im Finanzministerium. Die Ministerien für Krieg und Marine werden keine Generalsekretäre haben.

Florenz, 15. April. Das Erkenntniß gegen Persano erklärt denselben schuldig des Ungehorsams, der unüberlegten Handlungsweise und der Nachlässigkeit, und verurtheilt ihn zum Verlust seines Grades als Admiral und zur Zahlung der Kosten.

Rußland und Polen.

— Der Kaiser und die Kaiserin werden, wie der „Allg. Z." sicher verlautet, in diesem Sommer die Kur in Kissingen wiederholen, und ersterer dürfte dann die Pariser Ausstellung besuchen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 15. April. Der Reichstag hat in der heutigen Sitzung 1½ Millionen Reichsthaler für Ankäufe von Gewehren bewilligt.

Vom Reichstage.

(34. Sitzung vom 16. April.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. An den Tischen der Bundeskommissarien der Präsident derselben Graf Bismarck, Minister v. Roon

v. Friesen, Generalmajor v. Podbielski und fast sämmtliche Bevollmächtigte der verbündeten Regierungen.

Präsident Simson verliest ein Schreiben des Vorsitzenden der Bundes-Kommissarien, nach welchem der erkrankte Vertreter der Schaumburg-Lippeschen Regierung, Herr v. Lauer-Münchhausen, interimistisch ersetzt worden ist.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Schlußberathung über Art. 60 des Verfassungsentwurfs. (Die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. Dezember 1871 normirt und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß die Diskussion über diesen Artikel zugleich mit der über Art. 62 (225 Thlr. pro Kopf der Friedensstärke werden bis zum 31. Dezember 1871 dem Bundesfeldherrn zur Verfügung gestellt) geführt werden muß, da sowohl die Artikel als die zu ihnen eingebrachten Amendements in innerer Verbindung stehen.

Zu Art. 60 hat der Abg. Graf zu Stolberg (unterstützt von Wagener, v. Blankenburg, Graf zu Eulenburg u. A.) beantragt; 1) statt des letzten Satzes den folgenden Satz anzunehmen: „Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres durch ein Bundesgesetz festgestellt, bis zu dessen Erlaß die vorstehenden Bestimmungen von Jahr zu Jahr in Kraft bleiben". 2) Im Art. 62 statt der Worte „bis zum 31. Dezember 1871" zu setzen: bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes.

Die Abgg. Herzog v. Ujest und v. Bennigsen beantragen, der Reichstag wolle beschließen: dem Art. 62 der Verfassungsbeschlüsse folgenden Zusatz hinzuzufügen: Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Art. 60 interimistisch festgestellte Friedens-Präsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist. Die Verausgabung dieser Summe für das gesammte Bundesher und dessen Einrichtung wird durch das Etatsgesetz festgestellt. Bei der Feststellung des Militärausgabe-etats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt.

Dieser Antrag wird durch 114 Mitglieder unterstützt, darunter Aßmann, Graf v. Bethusy-Huc, Braun (Hersfeld), Dr. Braun (Wiesbaden), de Chapeaurouge, Brons, Graf zu Dohna-Kotzenau, Dr. Ellissen, v. Forckenbeck, Dr. Freitag, Fries, Graf v. Galen, Dr. Gneist, Grumbrecht, Graf Henckel v. Donnersmark, v. Hennig, Hinrichs, Hergenhahn, Jungermann, Lasker, Meier (Bremen), Michaelis, Miquel, Gr. v. Nesselrode, Dr. Oetker, Planck, Fürst v. Pleß, Herzog v. Ratibor, Reichenheim, Graf Renard, Dr. Röpell, Scherer, Dr. Wiggers (Rostock), Wölfel, Wachler, v. Zehmen, Baron v. Vaerst, Wachenhusen, Twesten, Stumm, Frhr. v. Unruh-Bomst, v. Unruh (Berlin), Graf Schwerin-Putzar, Seul, Severin, Sloman, Fürst zu Solms-Lich, v. Thünen, v. Sybel und Andere.

Abg. v. Vincke (Hagen): Wir haben gestern Seitens der Herren Bundeskommissarien die Erklärung gehört, daß das Zustandekommen des Bundes durch die Sicherstellung der Heereskraft, durch die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke der Armee bedingt sei, daß es so lange bei 1 Procent der Bevölkerung sein Bewenden haben müsse, bis dies durch ein Bundesgesetz anders festgestellt sei. Mit anderen Worten: nur wenn das Amendement Stolberg angenommen wird, nur wenn die 300,000 Mann so lange die Friedensstärke des Heeres bleiben, bis Bundesrath und Reichstag sich über eine andere Zahl vereinbart haben; nur in diesem Falle dürfen wir auf einen befriedigenden Abschluß unseres Werkes hoffen. Der Herr Dr. Gneist hat neulich mit einer Beredsamkeit, die meiner Ansicht nach in dieser Frage nicht erreicht ist, nachgewiesen, daß die hier geforderte Präsenzzahl durchaus nothwendig ist, daß irgend ein Rütteln daran auf lange Jahre hinaus die nachtheiligste Wirkung ausübe; also aus dem Schooße der national-liberalen Partei selbst hat diese Ansicht ihre entschiedenste Begründung und Ausführung erhalten. Daher kann ich mich auch mit dem Amendement Ujest nicht anders als unter gewissen Voraussetzungen einverstanden erklären. Das Amendement ist von 114 Stimmen unterstützt, eine Zahl, wie sie meines Erinnerns noch bei keinem Amendement dagewesen ist; es kennzeichnet sich schon dadurch als durch ein Kompromiß hervorgegangen. Ich kann mich demselben aber, wie gesagt, nicht in jeder Beziehung anschließen. Ich mache zunächst auf den gewiß nicht beabsichtigten Unterschied zwischen den Ausdrücken „Bundesfeldherr" und „Bundeskasse" aufmerksam. Gegen die fernere Bestimmung des Amendements, „daß zur Berechnung der Beiträge der einzelnen Staaten die im Artikel 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festzuhalten sei, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist" habe ich nichts.

Dieser Theil der Einnahmen der Bundeskasse wird dadurch so lange gesichert, bis anders darüber verfügt ist. Aber diese Einnahme darf nicht etwa todt in der Bundeskasse liegen bleiben können, auch die etwaige Verweigerung der Ausgaben Seitens des Reichstages muß ihre Schranke finden, und diese Schranke kann ich nur darin erblicken, wenn Sie den Artikel 60 mit dem Amendement Stolberg gleichfalls annehmen. Lehnen Sie dies letztere ab, so werden Sie mich auch nicht trösten durch Annahme des Zusatzes, daß bei der Feststellung des Militär-Ausgabe-Etats die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt werden soll. Was hilft es mir, wenn diese Herren hier den langjährigen Streit über die Armee-Reorganisation beendigen zu wollen erklären, wenn sie die Mittel zur Erhaltung für diese 300,000 Mann davon abhängig machen wollen, daß sie nach diesem Amendement ihre Genehmigung ertheilen? Sie wollen, wie ich höre, dies neue Amendement Ujest an die Stelle aller Amendements Stolberg setzen. Damit heben Sie nicht nur den Artikel 60, sondern alle damit zusammenhängenden Bestimmungen auf, und machen Alles abhängig von der Bewilligung des Reichstages. Und wenn ein Gesetz nicht zu Stande kommt, dann muß die Armee aufhören zu existiren. Ich kann mir also Ihr Amendement nur gefallen lassen, wenn sie vorher die jetzige Friedenspräsenzstärke durch Annahme des Stolberg'schen Amendements gesichert haben. Thun Sie das nicht, so stellen Sie die ganze Armee in die Luft, so nehmen Sie dem Norddeutschen Bunde sein wesentliches Fundament! (Redner hat unter ziemlicher Unruhe gesprochen, bei den letzten Worten große Heiterkeit der linken Seite des Hauses.)

Abg. Lasker: Der Herr Abg. v. Vincke ist zur Berathung des Amendements Ujest-Bennigsen nicht zugezogen, weil wir darauf verzichtet haben, da, wo es sich um Feststellung verfassungsmäßiger Rechte handelt, gerade mit ihm Kompromisse zu schließen, für deren Zustandekommen wir mehr Aussicht auf der äußersten Rechten des Hauses als bei ihm haben (Bravo.) Der Herr Abg. ist auch schlecht berichtet über alles das, was er über die Entstehung des Amendements gesagt hat; dagegen hat er richtig auseinander gesetzt, daß dies Amendement an Stelle der Stolberg'schen treten solle. Wenn der Inhalt desselben ein Grund für ihn ist, um nach Annahme desselben gegen die ganze Verfassung zu stimmen, so ist ihm dabei nicht zu helfen: wir wollen die Rechte des Abgeordnetenhauses nicht verloren gehen lassen, und ich glaube, selbst in seiner eigenen kleinen Partei wird er in dieser Beziehung nicht viel Anhänger finden. Wenn die Zahl von 300,000 Mann ein für allemal festgestellt werden soll, dann würde allerdings das Amendement Ujest seinen ganzen Werth für mich verlieren; wir würden dann nur einen Schein des Ausgabe-Bewilligungsrechts wahren, nicht aber dies Recht selber. Ich betrachte die Erklärung des Abg. v. Vincke, daß er nach Ablehnung des Stolberg'schen Amendements gegen die ganze Verfassung stimmen werde, (Abg. v. Vincke ruft dazwischen: „Das habe ich gar nicht gesagt") — ich glaubte es gehört zu haben; doch um so besser, ich sehe also, daß ihm die Ablehnung dieses Amendements doch nicht so viel gilt; es wäre ihm die Annahme desselben nur angenehm; das wird aber für uns kein Grund sein, dafür zu stimmen (Heiterkeit und Beifall). Sollte dagegen das Amendement Stolberg angenommen werden, so würden allerdings viele Mitglieder — und ich bekenne mich zu der Zahl derselben — in der Lage sein, dem ganzen Werke ihre Zustimmung versagen zu müssen. Wenn uns zugemuthet wird, immer mehr verfassungsmäßige Rechte aufzugeben, dann meine ich, daß es mit diesem Norddeutschen Bund nicht ernst gemeint sein kann. Ueberall ist man überzeugt, daß jedes Werk, das nicht wenigstens auferbaut ist auf den Rechten, die das preußische Abgeordnetenhaus bisher besessen, ein vorübergehendes und nicht lebensfähiges sein werde. Diese Gründe haben uns bewogen, dies Amendement einzubringen, und nur der Abg. v. Vincke hat geglaubt, sich den Ruhm wahren zu müssen, von angeblich liberaler Seite dem Amendement entgegenzutreten, das allerseits als ein annehmbares Kompromiß angesehen wurde. Der Herr Ministerpräsident hat gestern nur erklärt, daß für den zukünftigen Fortbestand der Armee Sicherheit gegeben werden müsse, nicht aber, was Herr v. Vincke in diese Erklärung hineininterpretirt hat, daß diese Sicherstellung nur in dem Amendement Stolberg gefunden werde. Sie wissen, m. H., daß ich mir aus Strömungen von Rechts und Links nichts mache; aber diesen frischen, grünen Zweig verfassungsmäßigen Lebens will ich mir nicht abschneiden lassen, und dies Amendement ist die äußerste Grenzlinie, bis zu der ich nachgeben kann.

Abg. v. Blankenburg: Wir sind nicht dazu hier, um uns gegenseitig Sand in die Augen zu streuen, sondern mit offenen klaren Augen und mit vollem Bewußtsein zum Heile des Vaterlandes mitzuwirken. — Gegen das Amendement Ujest-Bennigsen habe ich Anfangs nicht die Bedenken gehabt, die der Abg. v. Vincke vorgeführt hat. Jetzt bin aber auch ich davon überzeugt worden, weniger durch die Ausführungen des Hrn. v. Vincke, als durch die Zugeständnisse, die der Abg. Lasker selbst gemacht, daß das Amendement für die Regierung und für uns unannehmbar ist. — Die Friedenspräsenzstärke des Heeres muß feststehen, und wir wollen nicht, daß dem Reichstage das Recht eingeräumt werde, die Kopfzahl des Heeres durch einen Budgetstrich zu ändern. Ich habe in dieser Beziehung den vortrefflichen Ausführungen des Abg. Gneist nichts hinzuzufügen. Es fällt mir deshalb nicht ein, der Landesvertretung das so werthvolle Recht der Ausgabebewilligung nehmen zu wollen; ich bin gewiß der Letzte, der dies aufgiebt. (Heiterkeit und Zeichen der Verwunderung links.) Aber es ist uns unmöglich, für das Amendement Ujest zu stimmen, wenn nicht vorher festgestellt wird, daß die Kopfstärke des Heeres nur durch ein Gesetz geändert werden kann, nicht durch einen Budgetstrich. Dies bezweckt das Amendement Stolberg; ich bitte Sie deshalb, dasselbe anzunehmen.

Präsident der Bundeskommissarien Graf v. Bismarck: Ich habe mir gestern vorbehalten, die Amendements zu bezeichnen, über deren Annahme oder Ablehnung die verbündeten Regierungen einen Beschluß gefaßt haben. In Folge dessen muß ich erklären, daß die Regierungen mit dem Amendement Stolberg einverstanden und deshalb die Vertreter der Regierungen verpflichtet sind, daran festzuhalten. Das Amendement Ujest läßt allerdings die Möglichkeit zu, die der Abg. v. Vincke angedeutet hat, daß im Jahre 1872 ein neuer Budgetkonflikt entsteht, dessen Folgen nicht zu übersehen sind. Wer von Ihnen, meine Herren, deshalb entschlossen ist, diesen Konflikt zu verhüten, muß mit uns für das Amendement Stolberg stimmen. (Nach dieser Rede tritt eine kleine Pause ein, in der sich die Mitglieder des Hauses auf allen Seiten lebhaft unterhalten.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich muß zunächst festhalten an dem auch von mir mit unterstützten Amendement Ujest-Bennigsen, nachdem der Präsident der Bundeskommissarien erklärt hat, daß er das Amendement Stolberg allerdings vorziehe, aber keine Erklärung gegeben hat, daß durch die Verwerfung desselben das ganze Verfassungswerk gefährdet werde. Der Präsenzstand der Armee wird durch die Annahme meines Amendements keineswegs gefährdet, so lange das Einnahmebudget gewährleistet ist. Ueberhaupt ist der Unterschied zwischen beiden Amendements ein sehr unwesentlicher: in beiden Fällen soll ein Gesetz die Kopfstärke des Heeres bestimmen, nnd in beiden Fällen wird der Präsenzstand bestehen bleiben, bis ein Gesetz zu Stande gekommen ist. Wir sind sachlich mit dem Amendement Stolberg zwar einverstanden, werden aber an dem unsrigen festhalten, wenn nicht von Seiten der Regierungen die ausdrückliche Erklärung abgegeben wird, daß das Zustandekommen der Verfassung dadurch gefährdet wird.

Präsident der Bundeskommissarien Graf Bismarck: Es ist mir schwer verständlich, welche Gründe der Herr Vorredner hat, gegen das Amendement Stollberg zu stimmen, wenn er sachlich damit einverstanden ist. — Er hat mir gesagt, wenn ich erklärte, daß die Verwerfung des Amendement Stollberg oder die Annahme des Amendement Ujest einen Abbruch der Verhandlungen und eine Störung in der Verständigung zur Folge hätte, dann wollte er für das Amendement Stollberg stimmen. Er ordnet also seine Ueberzeugung von dem, was gut und besser ist, den kategorischen Erklärungen der Regierungen unter. Ich bin aber nicht in der Lage, in meinem Namen hier eine solche Erklärung zu geben. Ich habe gesagt: das Amendement Stollberg ist den verbündeten Regiegierungen annehmbar; wenn dies verworfen werden sollte, so muß ich mich erst mit den andern Bundeskommissarien vereinbaren und an Se. Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn, berichten und eine Entscheidung darüber gewärtigen; ich kann aber nicht in kombinatorischer Weise dieser Entscheidung anticipiren.

Der Schluß der Debatte wird darauf angenommen und über das Amendement Stollberg namentlich abgestimmt. Es wird mit 167 gegen 110 Stimmen verworfen.

Für das Amendement Stolberg zu Art. 60 stimmen: Die konservative Fraktion, ein Theil der freien konservativen Vereinigung, der größte Theil der Altliberalen u. A.: die beiden Vincke's, Baumstark, Duncker (Halle), Graf Dhyrn, ferner ein Theil der sächsischen Abgeordneten, u. A. Gebert, v. Gerber, Schwarze, außerdem Graf v. Bismarck v. Roon, v. Watzdorf (Weimar) u. A. Gegen dasselbe stimmen: Die gesammte Linke, die freie parlamentarische Vereinigung (v. Bockum-Dolffs u. Gen.), die gesammten Nationalliberalen, mit Ausnahme des Abg. Gneist, der sich ebenso wie der Abg. Franz (Wanzleben) der Stimme enthält, ein Theil der freien konservativen Vereinigung, u. A. Agricola, v. Arnim-Kröchlendorf, Graf Bethusy-Huc, Holzer, Graf Hompesch, Pilgrim, Puricelli, Graf Renard, Seul, Herzog v. Ujest, v. Unruhe-Bomst, ferner die Polen, außerdem u. A. Präsident Simson, v. Gruner, Dr. Zachariä, beide v. Münchhausen, v. Wächter, die schleswig-holsteinischen Abgeordneten 2c. — Darauf wird Artikel 60 des Entwurfs der Vorberathung mit großer Majorität angenommen.

Art. 61. (Einführung der preußischen Militär-Gesetzgebung) wird angenommen, nachdem ein Antrag der Linken (Ausfeld) auf Streichung des Alinea 1. dieses Artikels abgelehnt worden ist.

Zu Art. 62. liegt der bereits mitgetheilte Antrag des Abg. Grafen Eberhard Stolberg und der Antrag des Abg. Herzog v Ujest und v Bennigsen vor. Zu dem letzteren ist ein Unteramendement von Graf Otto Stolberg gestellt, in dem Antrage Ujest-Bennigsen statt des zweiten Satzes im ersten Alinea zu sagen: „Die Berechnung desselben erfolgt nach der im Art. 60. festgestellten Friedenspräsenzstärke, welche so lange von Jahr zu Jahr in Kraft bleibt, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist."

Abg. Schulze-Berlin: Gestatten Sie mir nur, auf die eigenthümlichen Zustände aufmerksam zu machen, welche durch Annahme des Amendements Ujest-Bennigsen eintreten würden. Wir erhalten mit einem Worte eine zur Hälfte absolute, zur Hälfte konstitutionelle Regierung, absolut in Militärbudget, konstitutionell in einigen anderen geringfügigen Verwaltungszweigen. Was daraus entstehen muß, ist unschwer vorauszusagen. Man hat eine Menge Vorsichtsmaßregeln aufgenommen, um einem künftigen Konflickt vorzubeugen, aber eine bessere Saat von künftigen Konflikten, als in dem Amendement Ujest-Bennigsen, können Sie wirklich gar nicht beschaffen. (Links: sehr wahr!) Vergegenwärtigen Sie sich nur, daß Sie das Zustandekommen eines Bundesmilitärgesetzes vollständig in die Hand des Bundespräsidiums legen. Das Interimistikum dauert also gerade so lange, als es dem Bundespräsidium genehm ist. Nun haben Sie entweder künftig eine Volksvertretung, welche dies nicht gut heißt und eine Erledigung der Frage im Wege der Bundesgesetzgebung will und denn haben Sie den Konflikt in Permanenz, oder Sie haben eine, die sich das Interimistikum für alle Zeiten gefallen läßt und dann haben Sie keine Volksvertretung, sondern eine Vertretung des Scheinkonstitutionalismus, das ist eine Garantie nicht der Volksrechte, sondern des Absolutismus. (Sehr wahr!) Der Präsident der Bundeskommissarien hat uns freilich gesagt, daß man Alles thun müsse, um einen künftigen Konflikt unmöglich zu machen und daß das Amendement Ujest-Bennigsen die Möglichkeit eines Konflikts offen lasse. Ja, meine Herren, das wird Niemand bestreiten, daß ein Konflikt entstehen kann. Aber ist dann nicht überhaupt alles konstitutionelle Wesen abgeschafft, wenn das Entstehen eines Konflikts unmöglich gemacht ist? bleibt dann eben nicht blos der Willen der Regierung maßgebend, der Einfluß des einen Faktors der Gesetzgebung, mit dem die anderen Faktoren nicht in Konflikt kommen dürfen Das soll aber nicht sein, auch die anderen Faktoren sollen zur Geltung kommen, und deshalb liegt der Konflikt im konstitutionellen Princip selbst. Wenn blos das eintreten soll, was das Bundes-Präsidium will, dann entsagen Sie dem Konstitutionalismus nnd inauguriren die absolute Aera. (Links: Sehr richtig.) Das muß sich Jeder klar machen. Man hat hier vielfach den Ausfall der Wahlen gegen die entschieden liberale Partei ausgebeutet, aber meine Herren fragen Sie doch einmal Ihre Wähler, ob es deren Absicht gewesen ist, daß Sie die konstitutionellen Rechte vermindern sollen? Die Antwort wird gewiß nicht zu Ihren Gunsten ausfallen. Dem Herrn Minister des Innern ist auf seine gestrige Ausführungen gegen das preußische Abgeordnetenhaus nur Eins zuzugeben, nämlich das, daß er sich selbst von der Theilnahme an dieser Volksvertretung vollkommen rein gehalten hat. Er ist niemals gewählt worden, wie andere seiner Kollegen. Aber daß die Maßregeln, die gegen die Preßfreiheit, daß das Verfahren, welches gegen einzelne Abgeordnete beliebt wurde, nothwendig gewesen sei, um die Siege in Böhmen vorzubereiten, das wird er schwerlich nachweisen können. Im Gegentheil, wenn große Kämpfe bevorstanden, hat man sonst wohl dem Volke überall erhöhte Rechte in Aussicht gestellt und weswegen wir allein eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel machen sollen, ist nicht einzusehen. Wir sind alle gewillt, dem Auslande die Einmischung in unsere Angelegenheiten zu verleiden, halten es aber deshalb nicht für nöthig, unsere Rechte preiszugeben. Ich würde sie demnach bitten müssen, sämmtliche Amendements zu verwerfen und ersuche im Speziellen die Herren von der nationalliberalen Fraktion, nicht jetzt durch Unteramendements gegen ihre eigenen Beschlüsse in der Vorberathung zu Felde zu ziehen. (Bravo links.)

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen.

Präsident der Bundeskommissare Graf Bismarck: Meine Herren! Ich muß Veranlassung nehmen, Sie nunmehr dringend zu bitten, sich wenigstens in diesem Falle für das Amendement des Grafen Eberhard von Stolberg zu erklären, oder sollten Sie bei dem Antrage des Herzogs von Ujest beharren wollen, das Unteramendement des Grafen Otto zu Stolberg anzunehmen. Geschieht dies nicht, so laufen wir Gefahr, daß uns im letzten Augenblick unsere Berathung das Werk, das wir schon mit der Hand fassen zu können vermeinten, doch noch wieder entrollt.

Der Präsident theilt mit, daß zunächst über den Antrag des Grafen Eberhard Stolberg abgestimmt werden würde, dann in namentlicher Abstimmung über das Unteramendement des Grafen Otto Stolberg und über den Antrag Ujest-Bennigsen.

Der Antrag des Grafen Eberhard Stolberg wird in Zählung mit 157 gegen 119 Stimmen abgelehnt.

An der Abstimmung des Unteramendement des Grafen Otto Stolberg betheiligen sich 276 Abgeordnete. Davon stimmen 120 für, 156 gegen den Antrag; 9 Abgeordnete erklären, daß sie sich der Abstimmung enthalten; es sind die Abgeordneten: Agricola, Blömer, Dr. Gneist, v. Gruner, Graf Henckel v. Donnersmark, Graf v. Hompesch, Meier (Bremen), Graf Renard und Frhr. v. Schwarzkoppen. Mit Ja stimmen die Konservativen und Altliberalen, unter den beiden Herren v. Vincke, die freie konservative Vereinigung unter dem Herzog v. Ujest und dem Grafen Bethusy-Huc, soweit sie sich nicht wie Graf Renard der Abstimmung enthält; endlich einzelne Sachsen und Hannoveraner, wie Gebert, Dr. v. Gerber und v. Hammerstein (Osnabrück). Mit Nein stimmen die National-Liberalen, die Polen, die Linke und das Gros der Sachsen und Hannoveraner mit v. Wächter, Haberkorn, Dr. Zachariä und Windthorst. Auch Präsident Dr. Simson stimmt mit Nein.

Vor der Abstimmung über den Antrag Ujest-Bennigsen theilt der Präsident mit, daß statt des Wortes „Einrichtung" zu lesen sei: „Einrichtungen". Es stimmen 282 Abgeordnete, 202 für, 80 gegen den Antrag. Mit Ja stimmen die National-Liberalen, die Mehrzahl der Konservativen, die freie konservative Vereinigung, die Mehrzahl der Sachsen und Hannoveraner und auch die Altliberalen und v. Vincke-Hagen, bei dessen bejahendem Votum unter dem Eindruck seiner Rede gegen den Antrag Ujest-Bennigsen das Haus in eine allgemeine Heiterkeit ausbricht. — Mit Nein stimmen: die Linke, die Polen, einzelne Konservative; Arnim-Heinrichsdorf, v. Below, v. Bismarck-Briest, v. Blankenburg, Graf Blumenthal, v Bodelschwingh, v. Brauchitsch, v. Brünneck, v. Cottenet, v. Denzin, v. Gottberg, Graf Lehndorff, v. Romberg, Graf Solms-Baruth, v. Thadden, v. Treskow, v. Waldaw und v. Wedemeyer, die freie Vereinigung unter den Abgg. v. Bockum-Dolffs und v. Carlowitz, einzelne Sachsen u. Hannoveraner, wie Dr. v. Wächter und Dr. Schwarze, Windthorst, v. Hammerstein-Osnabrück, v. Rössing und Erxleben. Mit Nein stimmt endlich auch Graf Bismarck und der Abg. Dr. Max Duncker (Halle). Der Kriegsminister v. Roon giebt seine Stimme nicht ab.

Artikel 63—69 werden unverändert ohne Debatte angenommen.

Zu Artikel 70. „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphen-Wesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt und demnach durch das Präsidium ausgeschrieben werden," sind von dem Abg. Graf zu Stolberg die Amendements gestellt: 1) statt des Schlußsatzes von den Worten ab „welche im Wege der Bundesgesetzgebung u. s. w." folgenden Satz anzunehmen: „welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch das Präsidium ausgeschrieben werden."

2) Hinter Art. 70 folgenden neuen Artikel anzunehmen: „Art. ... Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Während im Art. 60 normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Bundesheer dem Bundesrath und dem Reichstage nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung vorzulegen."

Beide Amendements werden ohne Debatte angenommen; ebenso wie Artikel 72. — Hiermit ist Abschnitt XII. erledigt.

Von den Abgg. Wigard, Heubner und Genossen ist folgender Antrag gestellt: „Nach Abschnitt XII. folgenden neuen Abschnitt einzuschalten: „XIIa. Rechte der Angehörigen des Norddeutschen Bundes. Art. ... Die Verfassungen und Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten müssen den Angehörigen derselben mindestens diejenigen Rechte gewähren, welche die preußische Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 in Tit. II. „von den Rechten der Preußen" den preußischen Staatsbürgern verleiht."

Abg. Wigard: Noch wenig Augenblicke, meine Herren, und Ihr letztes Votum hat über das vorliegende Verfassungswerk entschieden. Wir haben bei der Berathung für die von uns eingenommene Position gekämpft als kleines Häuflein einer großen Majorität gegenüber; Schritt für Schritt sind wir zurückgedrängt worden bis zu dieser letzten Position. Den Vertretern eines Volkes nun, meine Herren, sollte es wohl anstehen, sich daran zu erinnern, daß es außer den Regierenden auch ein Volk giebt, und daß neben den Rechten der Regierenden auch das Volk seine Rechte haben muß. Der Verfassungsentwurf kennt aber kein anderes Recht des deutschen Volkes, als das noch in sehr zweifelhafter Form ausgesprochene Recht der Freizügigkeit. Der Majorität dieser Versammlung hat es bis jetzt nicht beliebt, einen der von uns gemachten Vorschläge für die Rechte des Volkes aufzunehmen; sie hat vielmehr in einem wesentlichen Theile der Verfassung die absolute Staatsform an Stelle der konstitutionellen gesetzt. Eine Militär-Diktatur wird Jahre lang uneingeschränkt gebieten über Gut und Blut der Staatsbürger; im Reichstage wird künftig nicht die wahre Stimme des Volkes laut werden können. Für Verfassungsbruch und Gesetzesverletzung giebt es kein anderes Bundesgericht, also auch kein unparteiisches Urtheil. Dieser überschwänglichen Machtfülle der Bundesgewalt gegenüber ist es wohl nicht zu viel verlangt, wenn wir das höchst bescheidene Maß der preußischen Grundrechte in die Verfassung aufgenommen wissen wollen; hiermit sind wir, denke ich, mit Rücksicht auf die Physiognomie dieses Hauses, bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen. Wir können kaum glauben, daß es irgend einen preußischen Abgeordneten giebt, der diese Rechte, die er genießt, den Mitgliedern anderer Staaten verkümmern möchte. Die Entscheidung liegt in der Hand der Majorität. Bedenken Sie bei Ihrem Votum, meine Herren, daß keine Nation groß werden kann ohne Freiheit. Wenn Sie aber auch bei dieser letzten Position unsere Vorschläge wieder absondern sollten, nun, meine Herren, wir beneiden Sie um diesen Sieg nicht, ebenso wenig, wie wir Sie um die bisherigen Siege beneiden. Aber erinnern möchten wir Sie daran, daß so mancher vermeintliche Sieg ein wahrer Sieg nicht war, sondern eine schwere Niederlage in sich trägt. Wir scheiden allerdings aus diesem Hause mit dem Bewußtsein der erlittenen Niederlage, sind aber deshalb nicht gebeugt und muthlos, indem wir die Ueberzeugung hegen, daß die Grundsätze, die wir hier vertreten haben, dennoch später zum Siege kommen. Und wenn auch wir nicht mehr für sie streiten können, so sind wir der Zuversicht, daß andere deutsche Männer dem deutschen Volke zu seinem Rechte verhelfen werden. (Beifall links).

Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt; dafür nur die Linke und vielleicht 15 andere Abgeordnete, u A. v. Carlowitz, Lasker und Baron Vaerst.

Es folgt Tit. XIII.: Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen.

Art. 73 und 74 werden ohne Debatte angenommen.

Bei Art. 75: „Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt. Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Bundesgesetzgebung zur Erledigung zu bringen", beantragt Abg. Simon Alinea 2 zu streichen.

Abg. Simon: Nachdem durch den gestern in der Diätenfrage gefaßten Beschluß unzweifelhaft künftig hier ein Reichstag sein wird, zusammengesetzt aus Männern vorwiegend einer Richtung, wird sich derselbe sehr bald wenden gegen die Bestimmungen der Einzelverfassungen und der preußischen Verfassung, die den Regierungen nicht konveniren. Die Vergangenheit hat gezeigt, welche Kleinigkeit es ist, Verfassungsstreitigkeiten anzufangen. Die preußische Verfassung hat nun manche Paragraphen, die mangelhaft sind und leicht Streitigkeiten hervorrufen können. Wir haben dann zu erwarten, daß im Wege der Bundesgesetzgebung diejenigen Verfassungsbestimmungen eliminirt werden, auf die das Volk Werth legt, die aber den Regierungen unangenehm sind. Der Bundesrath und der Reichstag, dessen politischer Standpunkt mit dem der

Regierung sehr konkurriren wird, wird dann schon dafür sorgen, daß die preußische Verfassung so hingestellt wird, wie es die Regierungen wünschen. Ich erinnere hier nur an die Diätenfrage, in der gestern ein Beschluß gefaßt worden ist, über den ich gern wohl noch eine Definition von der Regierung hören möchte; ob es nämlich auch nicht erlaubt sein soll, außeramtliches Honorar von Vereinen ꝛc. anzunehmen. (Der Präsident ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Ich wollte dem Herrn Ministerpräsidenten nur Gelegenheit geben, sich hierüber auszusprechen. (Präsident: Dies gehört nicht zur Sache.) Nachdem dies nun beendigt ist (Heiterkeit), bitte ich meine Gesinnungsgenossen, mit mir für Streichung des Alinea 2 zu stimmen.

Präsident der Bundes-Kommissarien Graf Bismarck: Ich glaube, daß der Herr Vorredner nicht in der Lage ist, die Absichten der verbündeten Regierungen hier in der Weise interpretiren zu können, wie er es gethan hat, als könnte bei Abfassung dieses Artikels irgend einer der Regierungen der Gedanke vorgeschwebt haben, mit dieser Bestimmung etwa die Verfassungen in Bresche zu legen, die augenblicklich zu Recht bestehen. Das sind Befürchtungen, mit denen man schüchterne konstitutionelle Gemüther bei Wahlreden ängstigt, um sie abzuhalten, daß sie konservativ stimmen (Lebhafter Beifall rechts, Murren links), und es wird wohl der Regierung nicht vorgehalten werden dürfen, als ob das ernstlich in ihrer Absicht liegen könnte. Ich möchte doch dringend bitten, in diesem Moment nicht noch zu rütteln an einem Artikel, welcher in der Vorberathung vollständig unverändert geblieben ist und in Betreff dessen ich also nicht in der Lage wäre, irgend eine Konzession zu machen. Was ferner die Frage, die der Herr Vorredner an mich gerichtet hat und die schon gestern in meiner Abwesenheit gestellt ist, über die Diäten betrifft, so weiß ich nicht, ob mir der Herr Präsident gestattet, auf Sie als zur Sache gehörig mit einem kurzen Wort zu antworten. (Heiterkeit. Präsident Simson macht eine bejahende Bewegung, die er später durch die Bemerkung erläutert, daß den Vertretern der Regierungen das Wort jederzeit zusteht.) Ich habe in den Verfassungsentwurf nichts hinein zu interpretiren, was nicht darin steht; und meines Erachtens steht das darin und liegt in der gesammten Lage unserer Gesetzgebungen, daß die Regierungen ohne eine gesetzliche Unterlage nur denen etwas verbieten können, denen sie überhaupt zu befehlen haben.

Bei der Abstimmung wird Art. 75 unverändert angenommen; ebenso Art. 76 und 77 ohne Debatte.

Es folgt Tit. XV. (Verhältniß zu den süddeutschen Staaten), der aus dem einzigen Art. 78 besteht.

Abg. Miquel: Der Bedeutung dieses Artikels ist von manchen Seiten entgegengestellt worden, daß wir zwar Süddeutschland einladen, aber fruchtlos, weil diese Staaten durch den Inhalt der Verfassung zurückgeschreckt würden. Ich weiß nun nicht, ob jene Bevölkerung den Anspruch machen kann, ein bereites Bett vorzufinden, oder ob sie es mit bereiten helfen soll; bezweifeln möchte ich jedoch, daß die süddeutschen Völker wirklich so verwöhnt sind durch konstitutionelle Freiheiten. Sie werden mir wohl erlauben, bei dieser Gelegenheit einen Blick auf den Gesammtinhalt der Verfassung zu werfen. (Widerspruch links; Ruf: zur Sache!) Um die Bedeutung der Verfassung für Süddeutschland darzuthun, halte ich es für nöthig, und ich glaube, Herr Präsident, es gehört zur Sache. (Präsident Simson: Nun, es ließe sich wenigstens mit diesem Alinea in Verbindung bringen.) (Heiterkeit.) Ich verkenne mit meinen Freunden durchaus nicht die Mängel, an denen der Entwurf noch leidet; ich bedauere den Wegfall der Diäten, ich bedauere, daß nicht eine vollständig konstitutionelle Regierung eingesetzt ist, ich bedauere den Mangel der Verantwortlichkeit (Wiederholter Ruf: zur Sache!) Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß er unmöglich in dieser Weise fortfahren dürfe.

In Folge dessen verläßt Redner sofort die Redner-Tribüne.

Der Antrag auf Schluß der Debatte ist eingegangen; auf der Rednerliste steht noch Abg. Groote. — Der Schluß wird angenommen und darauf Art. 78 unverändert genehmigt.

Hiermit ist die Berathung der einzelnen Artikel beendet. — Der Präsident giebt eine Zusammenstellung der Aenderungen, welche der Entwurf in der Schlußberathung erfahren hat.

(Während der zweiten Hälfte der Sitzung sind der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Karl, Albrecht (Sohn) und August von Würtemberg in die Hofloge eingetreten.)

Der Präsident schreitet nunmehr unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses zur Abstimmung und zwar, wie von den verschiedensten Seiten gleichzeitig beantragt ist, zur namentlichen Abstimmung über das Ganze des Verfassungsentwurfs, wie er aus der Vorberathung hervorgegangen und durch die Schlußberathung gestern und heute in den Artikeln 32, 62, 70 nebst Einschaltung an vier Stellen verändert worden ist.

Es fehlen bei dieser letzten Abstimmung als krank oder beurlaubt: die nordschleswigschen Abgeordneten Ahlmann und Kryger, v. Rothschild, Alff-Becker, Gr. Baudissin, Fürst Czartoryski, Dekowski, v. Kleinsorgen, Knapp, Dr. Rée, Dr. Reuning, Dr. v. Schenck, im Ganzen 12 Abgeordnete.

Es nehmen Theil an der namentlichen Abstimmung 283 Mitglieder, davon stimmen mit Ja (für den Verfassungsentwurf) 230, (darunter die Minister Graf Bismarck und v. Roon, Prinz Friedrich Karl, die Generale). Mit Nein (gegen den Verfassungsentwurf) 53 Mitglieder, nämlich die Linke, die Polen, einige Katholiken und ein Theil der konservativen Partikularisten: Die Abgg. Ausfeld, Baumbach, Bebel, Dr. Becker, Bockelmann, v. Bothmer, Bouneß, v. Chlapowski, v. Czarlinski, Donimirski, Duncker (Berlin), Dr. Eichholz, Erxleben, Evans, v. Graeve, Groote, Haberkorn, v. Hammerstein-Hannover, (v. Hammerstein-Osnabrück stimmt mit Ja), Heubner, Freiherr v. Hilgers, Holzmann, v. Jackowski, Jensen, Kantak, v. Mallinckrodt, Zur Megede, Mickwitz, Motty, v. Münchhausen, v. Niegolewski, Oehmigen, Pilaski, Freiherr v. Proff-Irnich, Reichensperger, Richter, v. Rössing, Rohden, Rückert, Runge, Dr. Schaffrath, Schrader, Schraps, Schulze (Berlin), Szuldrzynski, Trip, Dr. v. Waechter, Waldeck, Wegner, Weygold, Dr. Wigard, Wiggers (Berlin), (Wiggers-Rostock stimmt mit Ja), Windthorst, Winkelmann.

Der Präsident Dr. Simson verkündet dies Resultat und fügt hinzu: Der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie er, im Uebrigen aus der Vorberathung, in 4 Punkten aus der Schlußberathung hervorgegangen ist, ist hiernach mit der höchst überwiegenden Majorität des Reichstages angenommen worden. (Abg. Kantak: „Zur Geschäftsordnung!") Meine Herren! es wird mir sehr schwer, der tiefen Bewegung, in der bei diesem Ergebniß sich gewiß jedes Mitglied der Versammlung befindet, keinen Ausdruck zu geben. Ich versage es mir aber in dem Gefühl, daß es mir nicht ansteht, der Würdigung, die unsere Arbeit morgen an einer anderen Stelle finden wird, mit dem Ausdrucke meiner Auffassung oder auch nur mit dem Ausdruck meiner Wünsche vorzugreifen. Ich hoffe, das Haus wird dies Motiv der Konvenienz als ein gerechtfertigtes anerkennen. (Beifall.) Ich werde die Gesetzesvorlage, wie es vorgeschrieben ist, nach der erfolgten Beschlußnahme noch heute dem Bundespräsidium einreichen. — Hatte da nicht Jemand das Wort zur Geschäftsordnung erbeten? — Der Abg. Kantak hat das Wort.

Abg. Kantak: Nachdem wir in der Sitzung vom 18. März gegen die Kompetenz der Versammlung zur Einverleibung der ehemaligen polnischen Landestheile in den Norddeutschen Bund Protest eingelegt haben, dessen ungeachtet durch die Annahme des Verfassungsentwurfs diese Einverleibung ausgesprochen ist und wir durch unsere Abstimmung gegen den ganzen Entwurf unsererseits die letzten Mittel diesen Gewaltakt zu verhindern erschöpft haben, haben wir unsere Pflicht erfüllt, und legen hiermit unsere Mandate nieder. (Unruhe.)

Präsident Dr. Simson (gegen die polnische Fraktion gewendet): Durch die Niederlegung Ihres Mandats entziehen Sie sich zugleich dem Ordnungsruf, der Sie zweifellos getroffen hätte für das Unternehmen, einen Beschluß dieses hohen Hauses mit dem Worte „Gewaltakt" Ihrerseits brandmarken zu wollen. Ob Ihnen dies gelungen ist, ist eine ganz andere Frage. Mich dünkt, über diesen Protest wird die Geschichte ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie über alle bisher von Ihnen eingelegten Proteste. (Stürmischer Beifall.)

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme von Mittheilungen Seitens des Bundespräsidiums; Gesammtbeschluß über die eingegangenen Petitionen.

Bei der gestrigen namentlichen Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Arnim-Heinrichsdorf (Versagung der Diäten) hat der Abgeordnete Winkelmann sich nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen den Antrag gestimmt. An seine Stelle ist der Namen des Abgeordneten Wisselinck zu setzen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. April. Die polnische Fraktion des Reichstags hat die am 18. März gehaltene Rede des Grafen Bismarck „vom Standpunkte der Geschichte" beleuchtet und die betreffende deutsche Druckschrift unter die Mitglieder des Reichstags vertheilt. In den Buchhandel ist dieselbe nicht gekommen; der „Dziennik poznański" bringt aber eine Uebersetzung ins Polnische, aus der wir ersehen, daß die Verfasser sehr ausführlich auf die Kämpfe des deutschen Ordens mit den Polen eingegangen sind.

— Wie die „N. Pr. Ztg." hört, ist der Oberstlieutenant und Brigadier der 4. Gend.-Brigade, v. Schkopp, in gleicher Eigenschaft zur 5. Gend.-Brigade versetzt, und dem Oberst und Brigadier der 5. Gend.-Brigade, Fronhöfer, der Abschied, unter Stellung zur Disposition, bewilligt worden.

— Heute Abend findet im „Odeum" Behufs Konstituirung eines Schutz-Vereins, für geschäftliche und gewerbliche Interessen eine Versammlung statt, der die vom gewählten Komité entworfenen Statuten vorgelegt werden sollen. In Berlin wie in Breslau hat sich die Nothwendigkeit eines solchen Vereins auch gezeigt und man geht dort in ähnlicher Weise wie hier vor. Haben die Vereine sich erst konstituirt, so können sie unter sich wirken und manchem Schwindel kann dann vorgebeugt werden.

— In den frühen Morgenstunden wurde heute eine Revision der Lumpen- und Knochen-Niederlagen in hiesiger Stadt vorgenommen. Möchte es nur gelingen, die vielen Lumpen-Niederlagen, wie in andern Städten, in unbewohntere Stadtgegenden zu bringen.

— Gestern Vormittag in der 9. Stunde brannte auf hiesigem Bahnhofe eine Wächterbude ab.

— Auf der Judenstraße wurde eine Frau bei dem beabsichtigten Verkauf eines Rockes angehalten, der, wie sich ergab, kurz vorher in der Friedrichsstraße gestohlen worden war.

⊿ **Kiszkowo**, 15. April. [Mord.] Gestern früh wurde auf dem Wege von Karczewo und Karczewo-Hauland die Frau des Schäferknecht Dostajny als Leiche aufgefunden. Die Verletzungen an ihrem Körper zeigten deutlich, daß sie ermordet worden ist. Als muthmaßlichen Mörder hat man ihren Ehemann festgenommen, welcher aber noch kein Geständniß abgelegt hat. Beide Eheleute wohnten in Karczewo, aber getrennt, und verkehrten nur selten mit einander. Abends zuvor war die Frau zu ihrem Ehemanne gegangen, um sich von ihm etwas Geld zu holen und ist nicht mehr zu ihren Hausgenossen zurückgekehrt. Heut wird die Gerichtskommission aus Gnesen erwartet.

§ **Bromberg**, 15. April. [Einsegnung; städtische Realschule.] Gestern wurden in der hiesigen evangelischen Kirche, welche festlich mit Guirlanden, Blumen und Kränzen geschmückt war, die städtischen Konfirmanden, 100 an der Zahl, von dem Herrn Konsistorialrath Taube feierlich eingesegnet. — Nach dem heute ausgetheilten Programm der städtischen Realschule hieselbst wurde die Anstalt während des verflossenen Schuljahres von Ostern 1866 bis dahin 1867 von im Ganzen 502 Schülern (von 8 weniger als im vorigen Jahre) besucht. Hiervon saßen in Prima nur 5, in Quinta Coet. a. dagegen 67, in Quarta Coet. a. 60, in Quinta Coet. b. 59, in Obertertia 58 u. s. w. Der Religion nach zählte die Realschule 380 Evangelische, 30 Katholische und 92 Israeliten; der Nationalität nach waren 490 deutscher Abkunft und 12 polnischer Abkunft. Einheimische waren 382, Auswärtige 170. — Die mit der Realschule in Verbindung stehende Vorschule enthielt in 3 Klassen im Ganzen 182 Schüler (11 mehr als im vorigen Jahre). Hiervon waren evangelisch 135, katholisch 13 und israelitisch 34; der Nationalität nach waren 175 deutscher und 7 polnischer Abkunft; Einheimische waren 157, Auswärtige 25. — Die diesjährige Abiturientenprüfung wurde nur von 2 Schülern, den Primanern Robert Hopp und Paul Fernow, von denen der erstere zum Militär, der andere zum Forstfache geht, abgelegt und bestanden. — Dem Programm ist ein Aufsatz des Oberlehrers Dr. Schultz vorgedruckt: „Die politische Gestaltung Italiens und die Machtentwickelung der römischen Kirche unter der Herrschaft der deutschen Kaiser bis zum Untergange der Hohenstaufen." — Morgen Vor- und Nachmittags findet in der Realschule die alljährliche öffentliche Prüfung statt.

Leider macht dieselbe einer der tüchtigsten Lehrer der Anstalt, der Oberlehrer Lehmann, wie es noch im Programme heißt, (er sollte in der Mathematik in Obertertia und in der Physik in Prima examiniren) nicht mehr mit, da er am Freitage im besten Mannesalter plötzlich verstorben und heute unter Betheiligung der ganzen Realschule und eines sehr zahlreichen anderweitigen Publikums beerdigt worden ist. Der Verstorbene war Ordinarius von Prima und vertrat Mathematik und Physik.

Exin, 15. April. [Pfarrverweser; Lehrerprüfung; unmögliche Ackerbestellung.] Unsere seit dem 1. d. M. erledigte evangelische Pfarre wird seither durch einen Pfarrverweser verwaltet, wozu nach dem Wunsche der Gemeinde vom Konsistorium zu Posen der Pastor Witte zu Lindenwerder bei Samoczyn bestimmt worden ist. Man ist allgemein erfreut, endlich doch nun das bisherige sattsame todte Kirchenwesen hier zu Grabe getragen zu sehen. Von dem bisherigen jährlichen Pfarreinkommen von etwa 1000 Thlrn. erhält der Emeritus 400 Thlr. und der Pfarrverweser 600 Thlr. Wenn die Theilung der Pfarre erfolgt, womit unter diesen Umständen so bald noch nicht vorgegangen werden dürfte, wird nach bereits erfolgter Feststellung in der abzuzweigenden Pfarre die Kolonie Veronika, die gerade auf halbem Wege zwischen Kowalewko und Georgendorf (Wojciechowo) am Netzbruche liegt, Pfarrort werden, da diese mehr den Mittelpunkt jener Pfarre als Kowalewko bildet. — In voriger Woche fand auch im hiesigen Seminar eine Wiederholungsprüfung bereits angestellter Lehrer statt, zu welcher 28 derselben einberufen waren. Von den nur erschienenen 19 trat Einer im Laufe der Prüfung zurück und von denen noch verbliebenen 18 Geprüften haben 16 bestanden. Ein gegen die früheren Prüfungen sehr günstiges Resultat. — Wo nur irgend eine Vertiefung im Boden ist, steht Wasser, und unsere sonst ganz wasserlose Umgegend sieht jetzt aus, als ob sich See an See reihte. Eine Beackerung, wozu es doch höchste Zeit ist, hat noch gar nicht begonnen.

Angekommene Fremde
vom 17. April.

HOTEL DU NORD. Die Gutsbesitzer v. Walknowski aus Piotrkowice und v. Slawski nebst Familie aus Komornik, Bürger v. Mecharzynski aus Polen, Kreisrichter v. Lyskowski nebst Familie aus Thorn.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Gutsbesitzer Schemmann aus Slupia, v. Michalkowski aus Deutsch-Crone und Frau v. Ludendorff aus Kruszewnia, die Rittergutsbesitzer v. Tempelhoff nebst Familie aus Dąbrowko und v. Petery aus Kleparz, Staatsanwalt Brand aus Wreschen, die Kaufleute Steinberg aus Breslau und Kuhscher aus Haida, Kreisgerichtsdirektor Odenheimer aus Schroda.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Bienek aus Wydzierzewice, die Rittergutsbesitzerin Frau v. Radonska aus Bieganowo und Frau v. Jackowska nebst Tochter aus Pomarzanowice.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Goldstücker aus Berlin, Lang aus Hanau, Krebs aus Hamburg, Joachimsohn aus Breslau, Scherbel aus Ems, Krähmer aus Elberfeld, Mahnkopf aus Stettin, Auerbach aus Gotha und Beer nebst Frau aus Liegnitz, Rittergutsbesitzer v. Stiegler aus Sobotka, Gutsbesitzer Schwabe aus Trachenberg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer Graf Bninski aus Czmachowo, Graf Lamsdorff aus Dresden, Stabsarzt Schönleben aus Hannover, Agent Heyn aus Breslau, Apotheker Zibulski aus Krotoschin, Maurermeister Braun aus Berlin, Rentier Krause aus Bromberg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Grudzielski aus Soleczno und v. Lipski aus Dębin, Avantageur v. Ludwig aus Dresden, Geistlicher Korowski aus Galizien.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute v. Fielitz aus Berlin, Kämpfer aus Bremen, Grunwald aus Hamburg und Dohm aus Stettin, Lehrer Brasey aus Oporowo, Gutsbesitzer Lesser aus Breslau, die Landwirthe Dörczy aus Betsche und Müller aus Jozefowo.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Friedmann aus Berlin, Schuster aus Görlitz und Stäge aus Wittstock, Fabrikant Trebsch aus Guben, Lieutenant Dreising aus Morasko, Rentiere Frau Natler aus Strzelno, Arzt Dr. Rilke und Amtmann Krause aus Stenszewo, Mühlenbesitzer Schwandke aus Jaracz-Mühle, Besitzer Jankowski aus Swiątkowo.

HOTEL DE PARIS. Gutsverwalter Boguß aus Graboszewo, Probst Kubicki aus Kiszkowo.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT ELIPZIG. Die Kaufleute Lippmann aus Breslau, Kurzweg nebst Sohn aus Grätz, Spiro und Kantor Zabuziński aus Buk, Landwirth Schulz aus Warschau, Rentier v. Mąkowski aus Posen.

DREI LILIEN. Kaufmann Michaelis aus Tangermünde.

EICHBORN'S HOTEL. Avantageur Frey aus Neudek i. Schl.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

(Beilage.)

Hiermit beehre ich mich anzuzeigen, daß ich mich am hiesigen Platze als

Tapezierer und Dekorateur

etablirt habe. Indem ich dieses Unternehmen dem gütigen Wohlwollen empfehle, werde bemüht sein, sämmtliche Bestellungen prompt auszuführen.

Albin Andruszewski,
Große Ritterstr. Nr. 10.

Auf dem Dominium **Szurkowo** bei Görchen stehen 100 Stück mit Körnern gemästete Schafe zum Verkauf. Der Ort ist 1 Meile von **Rawicz** oder **Bojanowo** entlegen.

Ein schöner fast neuer **Korb-Kinderwagen** auf Federn ist billig zum Verkauf **Bergstraße Nr. 9.** im Hofe.

Mehrere große und kleine **Kisten** sind zu verkaufen bei
M. Leitgeber (Hôtel du Nord.)

Gebrüder Tobias, Markt 58.,

offeriren in ihrem **Total-Ausverkauf** alle Sorten Tuche, Buckskins und Herren-Garderobe-Artikel zu sehr billigen Preisen.



C. Thust,
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs,
empfiehlt sein
in **Posen** bei **H. Klug,**
Friedrichsstraße 33.,
befindliches **Marmorwaaren-Lager,**



das namentlich in Grabschmuck reichhaltig assortirt ist. **Grabkreuze** sind vom **reinsten Marmor** in größter Auswahl vorhanden, ebenso **Platten, Pyramiden, Kissensteine** 2c.
Korrekte Schrift und **dauerhafte Vergoldung** wird garantirt.
Aufträge auf **Grabgitter,** von denen Proben auf Lager, werden zu den allerbilligsten Preisen besorgt, ebenso die komplette Aufstellung derselben bewirkt.

Hierdurch erlaube mir ergebenst mitzutheilen, daß ich von heute ab den alleinigen Verkauf von **Tafelglas** aus meiner Fabrik

Friedrichshütte

für die Stadt und Provinz **Posen** den Herren

Pick & Spanier

übertragen habe.
Posen, den 6. Januar 1867. **Michaelis Breslauer.**

Unter Bezugnahme an obige Annonce theilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von **Tafelglas** aus der Fabrik **Friedrichshütte** in allen Sorten und Dimensionen stets Lager halten werden.
Pick & Spanier.

Ein fast neues, vollständiges, solide gearbeitetes Repositorium für ein Weißwaaren- u. Putzgeschäft, zum Theil auch für Kurzwaaren, steht wegen Aufgabe des Geschäfts sehr billig zu verkaufen. Auskunft im Kurzwaarengeschäft des Hrn. ***Simon Neufeld,*** Alten Markt in Posen.

Theerseife,
von den **Autoritäten der Medizin** empfohlen als **wirksamstes** Mittel gegen **alle Hautunreinigkeiten.** Vorräthig in Stücken à 5 Sgr. in ***Elsners Apotheke.***

Weißer flüssiger Leim
von ***E. Gaudin*** in **Paris.**
Dieser Leim, welcher ohne Geruch ist, wird kalt angewendet bei Porzellan, Glas, Marmor, Holz, Kork, Pappe, Papier u. s. w. Vorräthig a Flacon 4 Sgr. und 8 Sgr. bei Herrn
Herm. Moegelin in **Posen.**

Lymphe, direkt von der Kuh, das Haarröhrchen für eine Person 20 Sgr. **Berlin,** Schiffbauerdamm 33. Dr. **Pissin.**

Fr. **Hechte** und **Zander** erhalte Mittwoch und Donnerstag Abend billigst. **Kletschoff.**

Um mit dem von meinem Vorgänger übernommenen Weinlager zu räumen, offerire ich sämmtliche Weine zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Mosel-Weine . . . . von 7 Sgr. pr. Fl. ab,
Rhein-Weine . . . . „ 8 „ „ „ „
Bordeaux-Weine . „ 10 „ „ „ „

Herrmann Matschke
(Carl Schippmanns Nachf.).

Jean Vouris' Cigaretten und türkische Tabacke.
General-Depôt für die Provinz Posen bei
M. Heymann
in Posen, Friedrichsstr. 33a.
Wiederverkäufern Engros-Fabrik-Preise. Preis-Kourant gratis franko.

Echt import. Cigarren, Papier-Cigaretts und Tabake
empfiehlt
J. Mondré,
Posen, Wallischei 39., neben der Post.

Vorzüglich **fette Backbutter** à Pfd. 7, $7\frac{1}{2}$ bis 8 Sgr., fetten Limburger **Käse,** so wie die beliebten Ullersdorfer **Sahnenkäse** à $2\frac{1}{2}$ bis 3 Sgr. empfing und empfiehlt
E. Brechts Wwe.,
Wronkerstr. 13.

Fleisch-Extrakt
(aus Fray-Bentos in Urugay)
für Rekonvalescenten zur Kräftigung, für Schwächliche zur Stärkung, empfiehlt in Kräuschen à 15 Sgr., à Pfd. 7 Thlr.

Liebig's Nahrungspulver
für Säuglinge, Kinder und Erwachsene. Preis pro Schachtel mit Gebr.-Anw. 5 Sgr.
Elsner's Apotheke.

Auch ich bescheinige gern, daß ich durch den Gebrauch des G. A. W. Mayerschen Brustsyrups aus der Niederlage des Herrn Carl Neumann in Haynau von einem hartnäckigen Husten sofort befreit worden bin.
Märzdorf bei Haynau, 13. März 1862.
Kretschmer, Kammerdiener.

Niederlagen in **Posen** bei
Gebr. Krayn, Wronkerstr. 1.
Isidor Busch, Sapiehaplatz 2.
J. N. Leitgeber, gr. Gerberstr. 16.

Frische Pfundhefe
empfiehlt
J. N. Leitgeber.

Frische Kieler Sprotten u. fette **Hamburger Speckbücklinge** empfingen
W. F. Meyer & Co.,
Wilhelmsplatz 2.

יין שרף על פסח בהכשר כדצ
Osterliqueure
in bekannter vorzüglicher Qualität empfiehlt
Hartwig Kantorowicz.

2000 Scheffel gesunde **rothe Kartoffeln** zur Brennerei, ebenso feine weiße **Eßkartoffeln** offerirt
Burghardt.
Górtatowo bei **Schwersenz.**

Frische fette **böhmische Fasanen,** frische **Krammetsvögel** und frisches **Rehwild** empfiehlt zum bevorstehenden Feste
Isidor Busch, Sapiehaplatz 2.

Fetten Räucherlachs, Kieler Sprotten, Bücklinge u. Bratheringe empfing in frischer Waare

A. Cichowicz,
Berlinerstrasse Nr. 13.

Apfelsinen und Citronen
in Original-Kisten und ausgezählt billigst bei
A. S. Lehr,
Gerberstraße 40.

Oster-Eier
in schöner Auswahl empfiehlt die Konditorei von
A. Pfitzner.



Rob. M. Sloman's Packetschiffe,
durch ihre raschen und glücklichen Reisen seit Jahren berühmt, werden expedirt:
von Hamburg direct
nach **New-York** und **Quebec** am **1.** und **15.** jeden Monats.
Nähere Auskunft ertheilen unsere Herren Agenten und auf frankirte Briefe
Donati & Co., concessionirte Expedienten in Hamburg.

Am 13. Mai d. J.
Ziehung **1. Klasse königl. preuß. hannoverscher Lotterie.** Hierzu empfiehlt Originalloose, ganze 4 Thlr. 10 Sgr., halbe 2 Thlr. 5 Sgr., viertel 1 Thlr. $2\frac{1}{2}$ Sgr., sowie zur **1. Klasse Frankfurter Lotterie,** größter Gewinn 200,000 Gulden, Originalloose, ganze $3\frac{1}{2}$ Thlr., halbe 1 Thlr. 22 Sgr. 5 Pf., viertel $26\frac{1}{2}$ Sgr. Gefällige Aufträge wolle man baldigst einsenden an die königl. preußische Haupt-Kollektion von
J. S. Rosenberg.
Göttingen.

Lotterie-Loose!
Die Frankfurter Stadtlotterie, koncessionirt im Königreich Preußen, beginnt ihre Ziehungen **am 5. Juni d. J.** Unter 13,600 Gewinnen kommen solche von event. **200,000,** 2 à **100,000, 50,000,** 2 à **25,000 Gulden** u. s. f. unbedingt zur Ausloosung. Wir empfehlen uns hierzu mit **ganzen Original-Loosen** à **3 Thlr. 13 Sgr., halben** à **1 Thlr.** $21\frac{1}{2}$ **Sgr., viertel** à **26 Sgr.** Gefällige Aufträge mit baar oder mit Ordre zur Postnachnahme führen wir prompt aus; strengste Reellität und Verschwiegenheit wird zugesichert. — **Plan-** und **Gewinnliste** bekommt jeder Theilnehmer.
Hagemann & Scheller,
Haupteinnehmer in **Braunschweig.**

Preuß. Lotterie-Loose verk. u. vers. ***Sutor,*** König Wilhelm-Loose, 2. Serie, Landsbergerstraße 47., **Berlin.**

Lotterieloose $\frac{1}{1}, \frac{1}{2}, \frac{1}{4}, \frac{1}{8}, \frac{1}{16}, \frac{1}{32}$ vers. bill. **L. G. Ozanski, Berlin,** Jannowitzbr. 2.

Breslauerstraße 19. ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Wronkerstr. 10. zweite Etage ist eine feine möbl. Stube billig zu verm. ***Kletschoff.***

Ein geräumiger Laden nebst Wohnung ist sofort **Wallischei Nr. 3.** zu vermiethen.

Gesucht
wird ein tüchtiger und gut empfohlener **Acquisiteur** gegen sehr vortheilhafte Bedingungen für eine renommirte **Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.**
Bewerbungen unter ***L. L. # 65.*** in der Expedition dieser Zeitung.

Ein schon älterer, unverheiratheter, erfahrener Landwirth, beider Landessprachen mächtig, der auch etwas vom Gartenbau versteht, wird bei bescheidenen Ansprüchen für ein kleineres Gut zum 1. Juli d. J. unter angemessenen Bedingungen zu engagiren gesucht. Offerten beliebe man unter ***L. 10.*** franco poste restante **Schokken** niederzulegen.

Ein verheiratheter **Gärtner** mit guten Empfehlungen, der gleichzeitig mit zur Aufsicht über die Leute in der Wirthschaft verwendet wird, wird zum baldigen Antritt gesucht. Von wem? in der Exped. d. Ztg. zu erfragen.

Ein **Lehrling** kann eintreten beim Apotheker
G. Schubarth.

Ein **Laufbursche** wird verlangt und kann sich melden **Breitestraße 15.** zwischen 8 und 9 Uhr beim Wirth.

Einen Sohn rechtlicher Eltern sucht als Lehrling ***O. Strölau,*** Uhrmacher.

Eine alleinstehende anständige Frau sucht eine geeignete Stellung als Wirthin bei einem alten Herrn oder Dame. Es wird weniger auf Gehalt gesehen als auf anständige Behandlung. Näheres Posen, **Bäckerstraße Nr. 4.** Part. rechts.

Eine erfahrene Wirthschafterin, beider Landessprachen mächtig, sucht unter soliden Bedingungen vom 1. Mai oder auch sofort eine passende Stellung.
Gefällige Offerten unter Chiffre ***L. E.*** **Pinne** poste rest.

Ein tüchtig. energ. unverheir. evang. **Wirthschaftsinspektor,** der poln. u. deutsch. Sprache m., 19 Jahr Landw., sucht zum 1. Juli c. eine dauernde Stellung im In- oder Auslande.
Offert. sub ***U. ku*** = in der Expedit. d. Ztg. gefälligst abzugeben.



Ein brauner Hühnerhund ist mir entlaufen. Kosten und Finderlohn werden dem Wiederbringer erstattet.
Dom. **Jankowice.**

Heiraths-Gesuch.
Ein junger Mann im Anfange der Dreißiger, Oekonom, mit einigem Privatvermögen, wünscht sich zu verheirathen; er wählt diesen Weg aus Mangel an Damenbekanntschaft. Junge Damen, im Alter von 20—25 Jahren, welche hierauf reflektiren, werden gebeten, ihre Adressen nebst Photographie gefälligst nach **Dobrzyce** sub ***A. K. Z.*** poste restante einsenden zu wollen. Ein kleines Vermögen wäre allerdings erwünscht, wird aber nicht beansprucht. Strengste Diskretion.

Bei ihrer Abreise nach **Berlin** empfehlen sich allen Verwandten und Freunden bestens
Albert Rosenhain,
Lina Rosenhain, geb. **Löwenthal.**
Posen, den 16. April 1867.

Stenogr. Verein nach Stolze.
Morgen Abend 8 Uhr Versammlung.
Der Vorstand.

Soeben erschien das 9. Heft
Deutschlands Kriegs-Ereignisse. 1866.
Illustrirtes Gedenkbuch für das deutsche Volk
von
Franz Lubojatzky.
Verlag von Tittel u. Wolf. Dresden.
NB. Etwaige Beschwerden über **nicht** regelmäßiges Ausliefern der bereits erschienenen Hefte von Seiten unserer Kolporteure wolle man an die Buchhandlung von
Joseph Jolowicz, Markt 74.
richten, die die resp. Fortsetzungen regelmäßig liefert.

So eben erschienen im Verlage von
Ed. Bote & G. Bock in Posen
und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Patriotisches Lied für 1 Singstimme.
Den Königgrätzer Helden.
Sr. Majestät
König Wilhelm von Preußen
ehrfurchtsvoll zugeeignet.
Zum Besten der National-Invaliden-Stiftung
herausgegeben
vom Komponisten.
Preis $7\frac{1}{2}$ Sgr.
Ed. Bote & G. Bock.

Seit Oktober 1866 erscheinen in monatlichen Lieferungen
Die chemisch-technischen Brennereibriefe,
herausgegeben von Dr. **W. Keller,** Apotheker Ister Klasse, Vorsteher des landwirthschaftlich-technischen Instituts zu **Berlin** 2c.
Zu beziehen durch die Expedition in **Berlin,** Blumenstraße 51., halbjähriges Abonnement $1\frac{1}{2}$ Thlr.
Diese Zeitschrift erfreut sich bereits eines europäischen Rufes und übertrifft die gehegten Erwartungen. Alle während einer Zeit, von mehr als 28 Jahren in der Branntweinbrennerei gemachten Erfahrungen und Erfindungen sind darin auf populäre und leichtfaßlichste Weise behandelt.
Der Gewerbtreibende findet daher in allen Zweigen der Brennerei jederzeit das Neueste und Wissenswertheste vertreten.

Gestern Nachmittag 6 Uhr starb nach dreitägigem Krankenlager in seinem 77. Lebensjahre unser theurer Gatte, Vater und Großvater, der Fleischermeister **Johann Gotthilf Knauer.** Um stilles Beileid bitten
die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag um 3 Uhr vom Leichenhause des evangelischen Kirchhofes aus statt.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verbindungen. Prem.-Lieut. Tägen mit Frl. Hedwig Riebold in Graudenz.

Saal Bazar.
Donnerstag den 25. April 1867
Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr
Quartett-Soirée
des
Florentiner Quartett-Vereins.
Das Programm wird die Zeitung veröffentlichen. Billets zu **numerirten Sitzplätzen** à **1 Thlr., Stehplätzen** à **15 Sgr.** sind **von heute ab** zu haben in der **Hof-Musikalienhandlung** von
Ed. Bote & G. Bock.
NB. Es wird gebeten, die reservirten Billets bis **inkl. Sonnabend den 20. d. Mts.** abzuholen.



Willardt's
großes anatomisches
Museum
ist täglich im
Hôtel de Saxe
von Morgens 10 bis Abends 7 Uhr geöffnet.

Asch's Café,
Markt 10.
Heute und die folgenden Abende ***Concert*** von der Sängergesellschaft **Conrad** unter Mitwirkung des Komikers Herrn **Mayer.**

Fehrle's Gesellschaftsgarten,
kleine Gerberstraße 7.
Heute und die folgenden Tage tragische und humoristische Gesangvorträge.

על פסח
Meine Liqueur- und Frühstücks-Stube bleibt auch während der Osterfeiertage geöffnet und treffen während dieser Zeit täglich die beliebten Schwetzkauer und Wiener Würstchen על פסח ein.
S. Kaplan,
Wronkerstr. 6.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 17. April 1867. **(Marcuse & Maas.)**

		Not. v. 16			Not. v. 16.
Weizen, matt.			**Rüböl,** stille.		
Frühjahr	92	$91\frac{3}{4}$	April-Mai	$11\frac{1}{4}$	$11\frac{1}{4}$
Mai-Juni	91	$89\frac{1}{2}$	Septbr.-Oktbr. . . .	$11\frac{5}{8}$	$11\frac{5}{8}$
Juni-Juli	$88\frac{1}{2}$	$88\frac{3}{4}$	**Spiritus,** ruhig.		
Roggen, ermattend.			Frühjahr	$16\frac{2}{3}$	$16\frac{2}{3}$
Frühjahr	$58\frac{1}{2}$	$58\frac{3}{8}$	Mai-Juni	$16\frac{3}{4}$	$16\frac{5}{6}$
Mai-Juni	$57\frac{1}{4}$	$57\frac{3}{4}$	Juni-Juli	17	17
Juni-Juli	57	$57\frac{1}{2}$			

Börse zu Posen
am 17. April 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $87\frac{1}{2}$ Gd., do. Rentenbriefe $88\frac{1}{2}$ Gd., do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, do. $4\frac{1}{2}$% Kreis-Obligationen —, polnische Banknoten $79\frac{1}{2}$ Gd.
Roggen [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Frühjahr $57\frac{3}{4}$, April $57\frac{3}{4}$, April-Mai $56\frac{1}{4}$, Mai-Juni $55\frac{3}{4}$, Juni-Juli $55\frac{3}{4}$, Juli-August $54\frac{1}{4}$.
Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 9000 Qrt., pr. April $16\frac{5}{12}$, Mai $16\frac{11}{24}$, Juni $16\frac{2}{3}$, Juli $16\frac{5}{6}$, August 17, September $17\frac{1}{6}$.

☉ [Privatbericht.] **Roggen** niedriger, pr. Frühjahr $57\frac{3}{4}$—$\frac{2}{3}$ bz. u. Gd., April-Mai 56 Gd., Mai-Juni $55\frac{3}{4}$ bz. u. Br., Juni-Juli $55\frac{3}{4}$ bz. u. Br., Juli-August 54 bz., $\frac{1}{2}$ Br.

Spiritus ermattend, pr. April 16$\frac{5}{12}$ — ⅜ bz. u. Gd., Mai 16½—$\frac{11}{24}$—$\frac{5}{12}$ bz. u. Gd., Juni 16⅝ Br., Juli 16⅔ Gd., August 17 bz., Br. u. Gd., Septbr. 17¼—⅛ bz. u. Gd.

Posener Marktbericht vom 17. April 1867.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	3	10	—	3	12	6
Mittel-Weizen	3	5	—	3	7	6
Ordinärer Weizen	2	25	—	2	27	6
Roggen, schwere Sorte	2	12	6	2	13	9
Roggen, leichtere Sorte	2	8	9	2	10	—
Große Gerste	1	27	6	2	2	6
Kleine Gerste	1	25	—	1	27	6
Hafer	1	10	—	1	12	6
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	17	—	—	19	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	2	5	—	2	20	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito dito	—	—	—	—	—	—
Heu, dito dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito dito	—	—	—	—	—	—
Rüböl, dito dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80% Tralles,

am 13. April 1867	15 Thl. 26 Sgr 3 Pf bis	16 Thl. 1 Sgr 3 Pf
„ 15. „	16 „ 2 „ 6 „ „	16 „ 7 „ 6 „
„ 16. „	16 „ 10 „ — „ „	16 „ 15 „ — „
„ 17. „	16 „ 7 „ 6 „ „	16 „ 12 „ 6 „

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Produkten-Börse.

(Die „Berliner B. u. H. Ztg." ist uns heute nicht rechtzeitig zugegangen.)

Stettin, 16. April. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Regnigt und stürmisch, + 7° R. Barometer: 27. 6. Wind: SW.

Weizen Anfangs steigend, schließt matter, loko p. 85pfd. gelber und weißbunter 86—94½ Rt., geringer 80—85 Rt. bz., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr (gestern noch 91¾—92 Rt. bz.), 92½—91¾ Rt. bz., Mai-Juni 89¾ bz., Juni-Juli 89¼ Br., Juli-August 88¼ bz., 87¼ Br., Septbr.-Oktbr. 81¼ Br., 81 Gd.

Roggen Anfangs höher, schließt etwas niedriger, loko p. 2000 Pfd. 57½—60 Rt., pr. Frühjahr 58¾, 58½, ¼ bz. u. Gd., Mai-Juni 57½, ¾, 58 bz., Juni-Juli 57½ bz., Juli-August 57 bz. u. Br.

Gerste p. 69/70pfd. schles. pr. Frühjahr 48 Rt. bz., Septbr.-Oktbr. Oderbr. 40 Rt. bz.

Hafer loko p. 50pfd. 31—32 Rt., pr. Frühjahr p. 47/50pfd. 32—32½ Rt. bz., Mai-Juni 32½ Br.

Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl etwas höher bezahlt, loko 11½ Rt. Br., pr. April-Mai 11$\frac{1}{12}$, ⅙ bz. u. Gd., ⅙ Br., Septbr.-Oktbr. 11⅚ bz., ¾ Br.

Spiritus behauptet, loko ohne Faß 16⅔ Rt. bz. u. Gd., pr. Frühjahr 16⅔, ⅝ bz., Mai-Juni 16⅔ Br., Juni-Juli 17 Br. u. Gd., Juli-August 17⅜ bz. u. Br.

Angemeldet: Nichts.

Hering, schott. crown und full Brand 12¾, ⅝ Rt. tr. bz., Ihlen 9⅝ Rt. tr. bz.

Blauholz, Laguna 3½ Rt. bz. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 16. April. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, wenig Geschäft, ordin. 12—13, mittel 14—15, fein 16—17, hochf. 18—18½. Kleesaat weiße, matt, ordin. 17—20, mittel 21—23, fein 25—26, hochf. 27—28.

Roggen (p. 2000 Pfd.) fester, gek. 2000 Ctr., pr. April 59½ bz., April-Mai 59—59½—59 bz. u. Gd., Mai-Juni 58¾ bz, Juni-Juli 58½ bz., Sept.-Oktbr. 52½—¾ bz.

Weizen pr. April 79 Gd.
Gerste pr. April 52½ Br.
Hafer pr. April 46½ Gd.
Raps pr. April 93 Br.

Rüböl geschäftslos, loko 10⅔ Br., pr. April 10½ bz., April-Mai 10½ Br. u. Gd., Mai-Juni 10⅔ Br., Septbr.-Oktbr. 11⅓ Br.

Spiritus fester, gek. 10,000 Quart, loko 17⅓ Br., **17⅙ Gd.,** pr. April und April-Mai 17⅙ Gd., Mai-Juni 17⅙ Gd., Juni-Juli 17⅓ Br., Juli-August 17⅔ Br. u. Gd.

Zink ruhig, aber ohne niedrigere Angebote.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.
(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 16. April 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	100—103	97	90—94 Sgr.	pr. Scheffel.
do. gelber	98—100	96	90—94 „	
Roggen	— 75	74	72—73 „	
Gerste	57—59	55	50—53 „	
Hafer	— 37	36	34—35 „	
Erbsen	67—70	65	58—62 „	

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	202	192	170 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	192	180	160 „	
do. Sommerfrucht	162	152	140 „	
Dotter	156	146	134 „	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 16. April. Weizen 83—84 Rt., Roggen 60—63 Rt., Gerste 48—52 Rt., Hafer 29—30½ Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare höher gehalten, aber geschäftslos, Termine unbeachtet. Loko ohne Faß 18⅙ Rt., pr. April und April-Mai 17$\frac{7}{12}$ Rt., Mai-Juni 17⅔ Rt., Juni-Juli 17⅔ Rt., Juli-August 18⅙ Rt., August-Septbr. 18$\frac{5}{12}$ Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus fest und höher. Loko 16¼ Rt., pr. Mai 16½ Rt. (Magdb. Ztg.)

Bromberg, 16. April. Wind: SW. Witterung: Regnerisch Morgens 5° Wärme. Mittags 7° Wärme.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 75—80 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 13 Lth. Zollgewicht) 80—84 Thlr. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 53—54 Thlr.

Große Gerste 41—43 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 45—50 Thlr. Kocherbsen bis 52 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Ztg.)

Hopfen.

München, 13. April. Umsatz 60 Ctr., Rest 68 Ctr. 1866r Holledauer Waare 160 Fl., 1866r Spalter Stadtgut — Fl., 1866r Spalter Umgegend 162—171 Fl., 1866r fränkische Landwaare 137—164 Fl. p. 112 Zoll-Pfund.

Prag, 13. April. Die festere Stimmung, die in der abgelaufenen Woche wieder in Saaz und Umgegend zur Geltung gelangte, wirkte insofern günstig auf das hiesige Platzgeschäft ein, daß Eigner wieder auf festere Preise zu halten beginnen und Saazer Bezirkshopfen unter 225 Fl. und die Kreishopfen unter 115 Fl. nicht erhältlich waren. (B. H. Z.)

Vieh.

Berlin, 15. April. An Schlachtvieh waren auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf angetrieben:

1433 Stück Hornvieh; der Handel verlief zwar lebhafter als vorwöchentlich, jedoch ohne besonders höhere Preise zu erzielen; die in Holland andauernde Grenzsperre zum Bezuge von Schlachtvieh von dort veranlaßte die Käufer aus der Rheinprovinz wiederholt, den hiesigen Markt zu besuchen, und wurden von denselben größere Ankäufe realisirt; für 1. Qualität wurden 16—17 Rt. und auch darüber, 2te 14—15 Rt. und 3te 8—10 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht gewährt;

3415 Stück Schweine; die Zufuhr überstieg die vorwöchentliche um circa 600 Schweine, besonders mit guter fetter Mecklenburger Waare, die daher zu gedrückten Preisen verkauft werden mußte, während Landschweine mehr gesucht waren; nach außerhalb fanden keine Verkäufe statt und wurde auch der Markt von der Waare nicht ganz geräumt; feinste galt 16—17 Rt., mittel 13 bis 14 Rt. und ordinäre 12 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht;

4584 Stück Schafvieh; da Exportgeschäfte nicht ausgeführt wurden, war eine Preissteigerung bei der bedeutenden Zutrift nicht zu erreichen; die letztwöchentlichen gedrückten Preise blieben daher unverändert; 50 Pfd. Fleischgewicht schwerer Kernwaare wurden mit 8½ Rt. und 40 Pfd. mit 6¼ Rt. bezahlt;

1340 Stück Kälber erzielten nur Mittelpreise. (B. H. Z.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 16. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen loko fest, aber ruhig. Pr. April 5400 Pfd. netto 162 Bankothaler Br., 161 Gd., pr. Frühjahr 160 Br., 159½ Gd. Roggen loko sehr fest, für Termine steigende Tendenz. Pr. April 5000 Pfd. Brutto 103 Br., 102 Gd., pr. Frühjahr 102 Br. u. Gd. Hafer fest, Mecklenburger 79. Oel fest, loko 25⅛, pr. Mai 25½, pr. Oktober 26⅛. Spiritus leblos, unverändert. Kaffee 1000 Sack Laguayra verkauft. Zink ohne Umsatz. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 16. April, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. April 95, 50, pr. Mai-August 97, 50, pr. Septbr.-Dezbr. 97, 50. Mehl pr. April 76, 50, pr. Juli-August 77, 50. Spiritus pr. April 63, 60.

Amsterdam, 16. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Roggen loko behauptet, Termine 1½ Fl. höher.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
16. April	Nachm. 2	27" 4''' 67	+ 7°5	SW 3	h. heit. Cu-st., Ni.
16. „	Abnds. 10	27" 5''' 11	+ 3°5	WSW 2	trübe. Ci-cu. [1])
17. „	Morg. 6	27" 4''' 90	+ 2°3	W 1-2	h. Cu.-st., Ci-cu.

[1]) Hagel- und Regenmenge: 12,9 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. April 1867 Vormittags 8 Uhr 10 Fuß 10 Zoll.
„ „ 17. „ „ „ „ „ 11 „ 1 „

Strombericht. (Oborniker Brücke.)

Den 15. April. Kahn Nr. VIII. 572, Schiffer Georg Briesen, von Stettin nach Posen mit Steinkohlen; Kahn Nr. XIII. 721, Schiffer Karl Peschel, von Stettin nach Posen mit Gut; Kahn Nr. II. 469, Schiffer Meyer, und Kahn Nr. I. 11,713, Schiffer Grützner, beide von Zirke nach Posen mit Mauersteinen; Kahn Nr. XIII. 2145, Schiffer Michael, und Kahn Nr. I. 8219, Schiffer Muhme, beide von Zirke nach Schrimm mit Salz; Kahn Nr. VIII. 972, Schiffer Wühlmann, von Zirke nach Posen mit Salz; Kahn Nr. VIII. 764, Schiffer Meyer, von Spandau nach Schrimm mit Salz; Kahn Nr. IX. 494, Schiffer Karl Grambow, und Kahn Nr. XIII. 2671, Schiffer Ferdinand Grambow, beide von Spandau nach Neustadt mit Salz.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 16. April 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	97 G
Staats-Anl. 1859	5	102½ bz
do. 54, 55, 57	4½	98 bz
do. 56	4½	98 bz
do. 1859, 1864	4½	98 bz
do. 50, 52 conv.	4	88 bz
do. 1853	4	88 G
do. 1862	4	88 G
Präm. St. Anl. 1855	3½	120½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	81½ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	80 bz
Berl. Stadt-Obl.	5	102½ bz
do. do.	4½	97¼ G
do. do.	3½	79½ G
Berl. Börsenh.-Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	77¾ bz
Märkische	4	89¼ bz
Ostpreußische	3½	76½ bz
do.	4	83 bz 4½% 91 [bz
Pommersche	3½	76¾ bz
do. neue	4	88¼ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	87½ bz
Schlesische	3½	84 G
do. Litt. A.	4	— —
Westpreußische	3½	75 G
do.	4	82½ bz
do. neue	4	82½ G
do. do.	4½	91½ G
Rentenbriefe: Kur-u Neumärk.	4	88½ bz
Pommersche	4	88½ bz
Posensche	4	88½ bz
Preußische	4	88¼ bz
Rhein.-Westf.	4	93½ B
Sächsische	4	89½ G
Schlesische	4	90¼ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	44¼ bz
do. National-Anl.	5	52½ bz
do. 250fl. Präm. Ob.	4	— —
do. 100fl. Kred. Loose	—	63¼ bz
do. 5prz. Loose (1860)	5	61¼ bz u B
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	39½ B
do. Slb.-Anl. 1864	5	58¾ bz
Italienische Anleihe	5	48⅛ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	58¾ bz
6. do.	5	79 bz
Englische Anl.	5	84¼ G
N. Russ. Egl. Anl	3	52 G
do. v. J. 1862	5	84⅝ G
do. 1864	5	84½ G
do. engl.	5	— —
do Pr.-Anl. 1864	5	89¾ bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	60½ bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	90 B
Pfdbr. n. i. SR.	4	54½ bz
Part. O. 500 Fl.	4	90 G
Amerik. Anleihe	6	77⅝-¾-⅝ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	53 G
Neue Bad. 35fl. Loose	—	30 B
Dessauer Präm. Anl.	3½	93½ G
Lübecker Präm. Anl.	3½	48¼ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	153 G
Berl. Handels-Ges.	4	104¼ et bz
Braunschwg. Bank-	4	80½ bz
Bremer do.	4	112 B
Coburger Kredit-do.	4	75½ etw bz
Danzig. Priv.-Bk.	4	112 B
Darmstädter Kred.	4	77 G
do. Zettel-Bank	4	93½ G
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ B
Dessauer Landesbk.	4	91 etw bz
Disk. Komm. Anth.	4	99¾ bz
Genfer Kreditbank	4	25¾ bz
Geraer Bank	4	100½ G
Gothaer Privat do.	4	91 G
Hannoversche do.	4	79½ bz
Königsb. Privatbk.	4	110 G
Leipziger Kreditbk.	4	78 bz
Luxemburger Bank	4	83 G
Magdeb. Privatbk.	4	93 B
Meininger Kreditbk.	4	91 etw bz
Moldau. Land. Bk.	4	18 B
Norddeutsche do.	4	115¼ etw bz
Oestr. Kredit- do.	5	65½-66-65¾ bz
Pomm. Ritter- do.	4	— —
Posener Prov. Bank	4	96½ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	147 bz
Schles. Bankverein	4	111¾ B
Thüring. Bank	4	63 B
Vereinsbnk. Hamb.	4	110 etw bz
Weimar. Bank.	4	87 etw bz u G
Prß. Hypoth.-Vers.	4	— —
do. do. Certific.	4½	— —
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	91 G
Aachen-Mastricht	4½	66 bz
do. II. Em.	5	66 bz
Bergisch-Märkische	4½	94¼ bz
do. II. Ser. (conv.)	4½	93½ bz
do. III. S. 3¼ (R. S.)	3½	76½ bz
do. Lit. B.	3½	76½ bz
do. IV. Ser.	4½	92½ G
do. V. Ser.	4½	92 bz VI [91¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	89½ bz
do.	4½	95⅛ B
do. Litt. B.	4	94 bz
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt C.	4	85½ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	83¼ bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	83 G
do. IV. S. v. St. gar.	4½	95½ G
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
do.	4	— —
do. III. Em.	4	84 B
do.	4½	93¼ G
do. IV. Em.	4	84 G
do. V. Em.	4	82½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— — IV 88 B
do. 1865	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	3	66¼ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	83 G
Niederschles. Märk.	4	88 B
do. II. c.	4	87 B
do. conv.	4	88 B
do. conv. III. Ser	4	87½ B
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	99¾ B
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	78¾ bz
do. Litt. C.	4	87 G
do. Litt. D.	4	86½ B
do. Litt. E.	3½	78¾ G
do. Litt. F.	4½	93½ bz G — —
Oestr. Französ. St.	3	231 bz n. 219½
Oestr. südl. Staatsb.	3	— — [bz u B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	— —
do. 1862	4½	91¼ G
do. v. Staat garant	4½	— —
Rhein-Nahe v. St g.	4½	92¼ B
do. II. Em.	4½	92¼ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser	4½	97 G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	35 bz
Altona-Kieler	4	127¼-126¾ bz
Amsterd. Rotterd.	4	94 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	140-139½ bz
Berlin-Anhalt	4	212 bz
Berlin-Hamburg	4	152 B
Berl. Potsd. Magd.	4	207½ bz
Berlin-Stettin	4	137¼ bz
Berlin-Görlitz	4	71 bz
do. Stamm-Prior.	5	97 bz u B
Böhm. Westbahn	5	57 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	135 G
Brieg-Neiße	4	96¼ bz
Cöln-Minden	4	137⅛ bz u B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	56½ bz
do. Stamm-Pr.	4½	76 bz
do. do.	5	83 B
Gal. C.-Ludwg.	5	80¼ bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	143 bz
Magdeb. Halberst.	4	187¼ B
Magdeb. Leipzig	4	242 B B 87 bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	122¾ bz
Mecklenburger	4	75 bz
Münster-Hammer	4	— —
Niederschles. Märk.	4	90 G
Niederschl. Zweigb.	4	92½ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	88¾-½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	179½ bz u B
do. Lt. B.	5	154 G
Oest. Franz. Staat.	5	102 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	99½-100-99¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	5	71⅝ bz
Rheinische	4	109¼-108¾ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	30 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	75½ bz
Stargard-Posen	4½	92 bz
Thüringer	4	132¼ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	— —
Gold-Kronen	—	9. 9 G
Louisd'or	—	111¼ G
Sovereigns	—	6. 23 bz
Napoleonsd'or	—	5. 12¼ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	463 G
Dollars	—	1 12¼ G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 Thl. 28 Sgr G
K. Sächs. Kass. A.	—	— —
Fremde Noten	—	— —
do. (einl. in Leipz.)	—	— —
Oestr. Banknoten	—	77½ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	79¾ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	147 etw bz u G
Berl. Eisenb. Fab.	5	114½ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	109 B
Minerva, Brgw. A.	5	34 bz
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	— —

Wechsel-Kurse vom 16. April

Amstrd. 250fl. 10 T.	3	143⅛ bz
do. 2 M.	3	142⅛ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	151¼ bz
do. do. 2 M.	3	150⅝ bz
London 1 Lstr. 3 M.	3	6 22½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80¾ bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	77 bz
do. do. 2 M.	4	76½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 24 bz
Frankf. 100fl. 2 M.	3½	56 24 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅝ G
do. do. 2 M.	5	99$\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	87⅛ bz
do. do. 3 M.	7	86⅝ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	3½	111 bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	79½ bz

Die Börse glaubt jetzt wieder an den Frieden und war in Folge dessen, ohne daß andere Grunde als etwa die besseren auswärtigen Kurse vorliegen, sehr fest gestimmt; doch ließ die gute Haltung später etwas nach. Das Geschäft war belebt, wenn auch nicht so sehr als gestern; Lombarden, verschiedene inländische Bahnen, Oberschlesische, anfänglich Nordbahn, Rheinische, Bergisch-Märkische waren belebt, auch in Görlitzer Stammaktien und in Aachen-Mastrichtern wurde die Kursbewegung im Ganzen steigend; auswärtige Fonds gleichfalls höher; Preußische Fonds fest und beliebt; Wechsel gut behauptet und ziemlich belebt, kurze Sichten gut zu lassen. Rumänische Anleihe 65 bz.

Staatsanleihe v. 1867 97½ gem. Altona-Kieler 127¼ a 126¾ gem. Bergisch-Märkische 140½ a 139½ gem. Nordbahn Friedr. Wilh. 88¾ a ¼ gem. Rheinische 109¼ a 108¾ gem. Oestr. südl. Staatsb. Lomb. 99½ a 100¼ a 99¾ gem. Oestr. Franz. Staatsbahn (Prior.) neue 219½ bz u B. Oestr. Kredit 65½ a 66 a 65¾ gem. Amerikaner 77⅝ a ¾ a ⅝ gemeldet. Bayr. Prämienanleihe neue 93 bez.

Breslau, 16. April. Die Börse war heute nicht nur in beruhigter, sondern selbst günstiger Stimmung und ließ alle Fonds und Spekulationspapiere steigen. Am bedeutendsten war der Aufschwung in Oberschlesischen und Oderberger Eisenbahnaktien, sowie in italienischer Rente. Letztere wurde in großen Beträgen 1% höher bezahlt, während Oderberger und Oberschlesische Eisenbahnaktien ihren Kurs um 2⅓—3% erhöhten. Schluß matter.

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bankaktien 65⅝-¾ bz u B. Oestr. Loose 1860 62½ G. do. 1864 —. Reichenbach-Pardub. Pr. — Bayrische Anleihe 95¾-⅞ bz. Amerikaner 77⅝ bz. Schles. Bankverein 111 G. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 134 G. do. Prior.-Oblig. 86¾ B, 86¼ G. do. do. Lit. D. 93¼ G. do. do. Lit E. 93¼ G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger —. Oberschl. Lit. A. & C. 179½-78¾ bz u B. do. Lit. B. 153 G. do. Prior.-Obligation 78¾ G. do. do. 93½ G. do. do. Lit. E. 86½ B, 86⅜ G. do. Lit. G. 93½ G. Oppeln-Tarnowitz 71½ G. Kosel-Oderberg 57½-57 bz. Friedr. Wilh.-Nordbahn —. Disk. Komm.-Anl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 16. April, Abends. [Effekten-Societät.] Flaue Stimmung. Nationalanleihe 50⅞. Kreditaktien 150 a 150½, 1860er Loose 61½, steuerfr. Anleihe 44¼, Amerikaner per comptant 76⅝, per ultimo 76½.

Amsterdam, 16. April, Nachmittags 4 Uhr 15 Minuten. Ziemlich behauptet.

5% Metalliques Lit. B. 62. 5% Metalliques 41⅝. 2½% Metalliques 20⅞. Oestr. National-Anleihe 48½. Oestr. 1860er Loose 377. Oestr. 1864er Loose 67. Silberanl. 54½. 5% östr. steuerfreie Anl. 41¼. Russisch-engl. Anl. von 1862 82⅞. Russisch-engl. Anl. von 1866 83¼. 5% Russen V. Stieglitz —. 5% Russen VI. Stieglitz 73⅝. 5% Russen de 1864 85. Russ. Prämien-Anl. von 1864 170. Russ. Prämien-Anl. von 1866 160½. Russische Eisenbahn 180. 6% Ver. St. pro 1882 76⅝.

Londoner Wechsel, kurz 11 84.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp in Posen.